

Norbert Lammert (Hg.)

Christlich Demokratische Union

Beiträge und Positionen
zur Geschichte der CDU



Siedler

Leseprobe Christlich-Demokratische Union

Beiträge und Positionen zur
Geschichte der CDU

Bestellen Sie mit einem Klick für 30,00 €



Seiten: 840

Erscheinungstermin: 27. Juli 2020

Lieferstatus: Lieferbar

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

Inhalte

- [Buch lesen](#)
- [Mehr zum Autor](#)

Zum Buch

75 Jahre CDU: Bilanz einer Erfolgsgeschichte

Die Christlich-Demokratische Union, nach der Kapitulation Deutschlands 1945 gegründet, hat als interkonfessionelle Volkspartei das deutsche Parteiengefüge grundlegend verändert. Sie ist zweifellos die erfolgreichste Partei in der bundesdeutschen Geschichte und stellte bis heute über fünfzig Jahre lang den deutschen Kanzler bzw. die Kanzlerin. Die Essays im vorliegenden Sammelband widmen sich der Geschichte der CDU aus ganz verschiedenen, mitunter kontroversen Blickwinkeln und von divergierenden Standpunkten aus. Dabei geht es nicht nur um ihre historische Rolle in der deutschen Geschichte – ebenso werden ihre politisch-weltanschaulichen Fundamente beleuchtet, ihr Umgang mit der Vergangenheit infolge der doppelten Diktatur-Erfahrung durch die NS-Zeit und die SED-Herrschaft und nicht zuletzt ihr Beitrag zur Überwindung der deutschen Teilung und zur Integration Europas.

Autor

Christlich Demokratische Union

Beiträge und Positionen
zur Geschichte der CDU

Christlich Demokratische Union

Beiträge und Positionen
zur Geschichte der CDU

Herausgegeben von
Norbert Lammert

Siedler

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten, so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung, da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Verlagsgruppe Random House FSC® Noo1967

Erste Auflage

2020

Copyright © 2020 Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Copyright © 2020 Siedler Verlag, München,

in der Verlagsgruppe Random House GmbH,

Neumarkter Straße 28, 81673 München

Lektorat: Dunja Reulein, Bamberg

Lithographie: Regg Media GmbH, München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Umschlagabbildungen unter Verwendung von Bild 1 (v. l.):

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V./Giuseppe Moro; Bild 2 (v. l.):

Bundesarchiv, B 145 Bild-Foo4204-0003/ Doris Adrian/CC-BY-SA 3.0;

Bild 3 (v. l.): Konrad-Adenauer-Stiftung e.V./Rainer Unkel;

Bild 4 (v. l.): ullstein bild/Christian Bach

Satz und Tabellen: Satzwerk Huber, Germering

Druck und Bindung: Print Consult GmbH, München

Printed in Slovakia

ISBN 978-3-8275-0138-7

www.siedler-verlag.de

Inhalt

Annegret Kramp-Karrenbauer

Grußwort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands 9

Norbert Lammert

Zur Einführung

Die Union: Christlich und demokratisch 13

Günter Bannas

Helmut Kohl – der CDU-Vorsitzende 27

Frank Bösch

Die CDU-Vorsitzenden und -Generalsekretäre 53

Thomas Brechenmacher

Die CDU unter Angela Merkel (2000–2018) 81

Lars P. Feld

Soziale Marktwirtschaft, Ordnungsökonomik und Freiburger
Schule: Wie modern ist ordnungspolitisches Denken? 137

Ralf Fücks

Kampf um die Mitte –
Perspektiven und Koalitionsoptionen der Union 165

Michael Gehler

Die CDU, Europa und die europäische
Einigung: Motor der Multifunktionalität im
Mehrebenensystem 183

Rolf Hasse	
Die Währungspolitik der CDU zwischen D-Mark und Euro	231
Klaus-Dietmar Henke	
Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit	277
Wolfgang Jäger	
Die CDU und das Ziel der deutschen Einheit	301
Karl-Rudolf Korte	
Über den elastischen Sicherheitskonservatismus der CDU-Wähler	335
Frank-Lothar Kroll	
Christliche Demokratie – vom Glaubensbekenntnis zum politischen Programm?	361
Mariam Lau	
Die CDU und die Frauen	397
Antonius Liedhegener	
Das »C« als »Himmelsanker« oder: Warum die CDU der Säkularisierung trotz	421
Horst Möller	
Die Union aus CDU und CSU – zum Verhältnis der Schwesterparteien	469
Peter Müller	
»Ohne Sicherheit ist keine Freiheit« – die CDU und die Innere Sicherheit	497

Ursula Münch

Erosion der demokratischen Mitte? Herausforderungen
der Unionsparteien in den Zeiten postpandemischer
Krisenbewältigung 533

Herfried Münkler

Die CDU im Kreuzfeuer von Oppositions-
bewegungen: Wiederbewaffnung, Friedensbewegung
und AfD 555

Klaus Naumann

Die CDU zwischen transatlantischer Bündnistreue
und Ausgleich mit dem Osten 577

Heinrich Oberreuter

Recht und Geld – Parteienrecht und Parteien-
finanzierung 613

Andreas Rödder

Die Rolle der CDU in der deutschen Geschichte 633

Wolfgang Schroeder

Die Sozialpolitik der Union: Christdemokratische
Sozialpolitik im Wandel der Zeit 657

Matthias Stickler

Von der Integration der Vertriebenen zum
»Integrationsland Deutschland« – die Migrationspolitik
der CDU im Wandel 703

Andreas Wirsching

Restauration oder Modernisierung – Deutungen
der Ära Adenauer 737

Edgar Wolfrum

Volksparteien – Entwicklung und Perspektiven 771

Barbara Zehnpfennig

Die CDU, die parlamentarische Demokratie und die Frage
der Repräsentation 795

Regesten 819

Autoren 831

Abbildungsverzeichnis 837

Grußwort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Kein Historiker, der über die Bundesrepublik schreibt, kommt um die CDU herum, denn die Geschichte beider ist aufs Engste miteinander verwoben. Die Gründung der Bundesrepublik ist genauso ein Werk christdemokratischer Schaffenskraft wie die Westbindung, die Soziale Marktwirtschaft, die europäische Integration oder die Wiedervereinigung. Es sind zwei Erfolgsgeschichten, wobei es die eine ohne die andere vermutlich so nicht gegeben hätte.

Als Vorsitzende der CDU Deutschlands frage ich mich zugleich: Was wird in fünfundsiebzig Jahren ein Historiker in der Geschichte der Bundesrepublik finden? Stößt er, wenn er dann den Weg unseres Landes seit den 2020er-Jahren erforscht, abermals auf eine die Geschichte des Landes prägende CDU? Eine Zwangsläufigkeit dürfen wir nicht erwarten. In der Geschichte gibt es keine Stammplätze.

Wenn die CDU auch in fünfundsiebzig Jahren noch die politische Gestaltungskraft Deutschlands sein will, dann braucht sie zuallererst den Mut, das Vertrauen in sich selbst, trotz vielerlei Ungewissheiten ihren Beitrag für eine gute Zukunft leisten zu können. Dafür muss sie Veränderungen erkennen, die das Leben prägen, jederzeit eine Ahnung von den Herausforderungen haben und schließlich programmatisch auf der Höhe der Zeit sein. In meiner Vorstellung ist die Union eine Zukunftswerkstatt. Sie entwirft eine eigene Perspektive für das Land und hat dabei immer die Mitte der Gesellschaft im Blick. Ihr politisches Han-

deln folgt der Einsicht, dass Erfolge von morgen das Ergebnis kluger Entscheidungen von heute sind. Denn wer Weichen nicht mehr stellt, steht bald darauf auf dem Abstellgleis.

Hierfür wird es entscheidend sein, dass die CDU immer Antennen für die Impulse der Zeit hat und gleichzeitig aus ihren bleibenden Werten heraus Gestaltungsanspruch entwickelt – das war das Erfolgsrezept unserer Partei in den zurückliegenden fünfundsiebzig Jahren, das muss das Erfolgsrezept auch in den kommenden fünfundsiebzig Jahren sein: auf festen Werten eine gute Zukunft bauen. Genau aus dieser Haltung heraus hat sich die CDU auf den Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm gemacht. Angesichts rasanter Entwicklungen wie z. B. die aktuelle Corona-Krise wollen wir uns auf unsere Grundsätze besinnen, um aus ihnen heraus die richtigen Antworten auf die Fragen der Zukunft zu geben. Hierfür müssen wir dafür Sorge tragen, dass alle unsere drei Wurzeln – die christlich-soziale, die liberale und die konservative – kräftig genug sind, damit sie uns Standfestigkeit bieten können.

Aus dieser Standfestigkeit entwickeln wir den Mut und die Schaffenskraft, Verantwortung für unser Land zu übernehmen – ein Land, in dem Menschen in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zusammenleben; ein Land, das soziale Sicherheit, gute Jobs und Wohlstand bietet; ein Land, das jedem Einzelnen die Selbstverantwortung ermöglicht und andererseits auf die Verantwortung füreinander Wert legt; ein Land, das innovativ und mutig ist. So stellen wir uns unser Land auch in Zukunft vor. Dabei kommt es ganz wesentlich darauf an, die Soziale Marktwirtschaft zu erhalten. Ihr Versprechen von Wohlstand und Sicherheit dürfen wir nicht als eine ewig gültige Zusage begreifen. Die Soziale Marktwirtschaft braucht uns, so wie wir sie brauchen.

Damit sie bestehen bleibt, müssen wir ihre Grundprinzipien an den technologischen Entwicklungen und ökonomischen Verschiebungen ausrichten.

Ganz sicherlich wird auch in den kommenden Jahrzehnten die Stärke einer Volkspartei darauf beruhen, dass sie ein Spiegel der Gesellschaft ist – heute, morgen und übermorgen. Das gelingt uns nur dann, wenn wir nicht nur nahe bei den Menschen sind, sondern wenn wir selbst als Partei verwurzelt sind in unserem Land und in unserer Gesellschaft; wenn wir die Unterscheidung zwischen *den* Menschen und *der* CDU durchbrechen. Das ist ein großer Anspruch, aber das ist der Garant dafür, auch in fünfundsiebzig Jahren noch Volkspartei zu sein.

Ich bin der Konrad-Adenauer-Stiftung dankbar für diesen lesenswerten Sammelband. Denn auch er leistet seinen Beitrag dazu, dass wir uns unserer Wurzeln und unserer Herkunft besinnen, um daraus Kraft fürs Morgen zu schöpfen.

Annegret Kramp-Karrenbauer
Vorsitzende der CDU Deutschlands

Zur Einführung

Die Union: Christlich und demokratisch

Norbert Lammert

Die CDU ist die erfolgreichste Partei Deutschlands. Mit diesem schlichten Satz einen Debattenband der Konrad-Adenauer-Stiftung einzuleiten, der anlässlich des fünfundsiebzigsten Jubiläums die ungewöhnliche Entstehung und Entwicklung der CDU möglichst nüchtern, jedenfalls differenziert behandeln soll, mag allzu selbstzufrieden erscheinen – schon gar nach dem Fiasko bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft und dem Debakel bei der Regierungsbildung in Thüringen im Jubiläumsjahr. Und doch bleibt die Beobachtung korrekt: In der einundsiebzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland führten einundfünfzig Jahre fünf Parteivorsitzende der CDU als Kanzler das Land; sechs der insgesamt zwölf Bundespräsidenten kamen aus der Union. Bei den bisher neunzehn Bundestagswahlen haben CDU und CSU sechzehn Mal die meisten Stimmen bekommen; zusammen erreichten sie 1957 die absolute Mehrheit – bislang ist das keiner anderen Partei gelungen. Unser Grundgesetz, die Einbindung in den Westen, die Soziale Marktwirtschaft, die deutsche Einheit und die europäische Integration sind als zentrale Merkmale unserer Geschichte und unseres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems untrennbar mit der CDU verbunden. Auch manche gesellschaftlichen Entwicklungen und Erwartungen hat die CDU vielleicht nicht früher wahrgenommen als andere Parteien, aber doch schneller umgesetzt. Früher als andere, auch deutlich ältere Parteien wählte die

CDU mit Angela Merkel eine Frau zur Parteivorsitzenden, die als Spitzenkandidatin ihrer Partei nach den Bundestagswahlen 2005 auch die erste Bundeskanzlerin Deutschlands wurde. Und nach deren Verzicht auf eine erneute Kandidatur hat die CDU wieder eine Frau zur Parteivorsitzenden gewählt – übrigens in Konkurrenz zu zwei männlichen Bewerbern. Andreas Rödder bezeichnet die Union bündig als »inoffizielle bundesdeutsche Staatspartei«.

Das ist jedenfalls auch im internationalen Vergleich eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Historische Jahrestage und Jubiläen geben Gelegenheit, zu reflektieren, wie man dort hinkam, wo man heute ist, und wie es morgen weitergehen soll. Der vorliegende Band zur Geschichte der CDU soll hierzu einen Beitrag leisten. Die Texte namhafter Vertreterinnen und Vertreter der Geschichts- und Sozialwissenschaft sowie aus Medien und Politik setzen sich mit verschiedenen Aspekten in der Parteigeschichte auseinander. Insofern liefert das Werk einen Beitrag zum historischen und politischen Diskurs über die Geschichte, den Stellenwert und die Zukunft der CDU in Deutschland.

Die Anfänge: »Sammlung der Mitte«

Ein wesentlicher Aspekt zum Verständnis der CDU ist der Blick zurück auf die Anfänge. »Sie dürfen niemals die geschichtlichen Zusammenhänge vergessen«, hat Konrad Adenauer in diesem Zusammenhang einmal festgestellt: »das Heute [folgt] aus dem Gestern und das Morgen aus dem Heute. Und so ist es sehr wertvoll, die Fäden zu verfolgen, wie sie durch das ganze Geschehen hindurchlaufen, dann erst bekommt man die richtige Einstellung auch zu dem Heute.«¹

Die Geschichte der CDU begann 1945 – noch vor der Erlaubnis der Besatzungsmächte zur Bildung eines westdeutschen Teilstaates. Ihre Gründung und der ihr zugrunde liegende programmatische Neuanfang waren eine der Voraussetzungen für die Neugründung von Staat und Gesellschaft in Deutschland nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes und des Zweiten Weltkriegs. Mit der CDU entstand eine neue, interkonfessionelle Partei, die aufbauend auf dem katholischen Milieu und evangelischen Christen einem breiten Spektrum an politischen Strömungen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus ein politisches Zuhause gab – das war in den Anfangsjahren ihr Erfolgsgeheimnis.

Die entscheidenden Impulse und Weichenstellungen gingen aus dem Kreis der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus hervor. Noch im Untergrund und in den Gefängnissen des nationalsozialistischen Regimes keimte die Idee einer christlich-demokratischen Volkspartei, einer »Sammlung der Mitte« über konfessionelle Grenzen hinweg, wie es Otto Lenz formulierte, der zum Gründerkreis der CDU in Berlin zählte.² Eugen Gerstenmaier, Mitglied der Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, später Vorstandsmitglied der CDU und über viele Jahre Bundestagspräsident, hat es gelegentlich so formuliert, »dass die Konstituierung der CDU in den Gefängnissen von Tegel begonnen hat«.³ In Berlin wurde Andreas Hermes erster Vorsitzender der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Der Volksgerichtshof hatte ihn noch im Januar 1945 zum Tode verurteilt, nur die Eroberung Berlins durch die Rote Armee bewahrte ihn vor der Hinrichtung. Auch in Köln trafen sich die ersten Männer und Frauen mit persönlichen Erfahrungen des Scheiterns der ersten deutschen Demokratie; später stieß Konrad Adenauer, der langjährige Kölner Oberbürgermeister, dazu.

Aber nicht nur in Berlin und Köln, sondern überall in Deutschland kam es zu ersten Anfängen einer Parteigründung, aus der dann die Union erwuchs. Es war eine Parteigründung von unten – getragen von der Idee, für alle in der Mitte der Gesellschaft offenzustehen, eben eine Union zu bilden zwischen Stadt und Land, zwischen sozialen Schichten, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen katholischen und evangelischen Christen. Natürlich verlief diese Einigung innerhalb der Union nicht ohne Konflikte und auch nicht so zielgerichtet, wie dies aus der Retrospektive erscheinen mag. Gerade mit Blick auf den konfessionellen Schulterschluss gab es so manche Hürde zu nehmen. Anfangs stützte sich die CDU noch stark auf das katholische Milieu und stieß auf Schwierigkeiten in evangelischen Regionen. Doch indem sie es vermochte, das gegenseitige Misstrauen zwischen Katholiken und evangelischen Christen zu überwinden, konnte sie bundesweit eindrucksvolle Wahlergebnisse erzielen. So entwickelte sich die CDU zu einer Partei, die sprichwörtlich den protestantisch-konservativen Schleswig-Holsteiner genauso ansprach wie den katholischen Rheinländer und den liberalen Württemberger.⁴ Schon im Dezember 1945 fand in Bad Godesberg erstmals ein »Reichstreffen« von Vertretern der christlich-demokratischen Bewegung aus allen Teilen Deutschlands statt. Man einigte sich auf den im Berliner Gründerkreis geprägten Namen Christlich-Demokratische Union.

Die Männer und Frauen, die die Union gründeten, wollten die christlich-sozialen, die liberalen und die wertkonservativen Traditionen der Vorgängerparteien in einer Partei zusammenführen. Dies sind die drei weltanschaulichen Wurzeln der CDU. Ein Leben in Frieden und Freiheit, der Wiederaufbau und die Rückkehr Deutschlands in die Wertegemeinschaft der westlichen Völker sowie die Einheit Deutschlands

wiederherstellen – das waren die gemeinsamen programmatischen Ziele.

Mit dem in Deutschland und vor allem in Berlin immer deutlicher zutage tretenden Kalten Krieg vertiefte sich jedoch die Teilung, die auch praktische Folgen für die Entwicklung politischer Parteien hatte. Eine freie Entfaltung war der CDU in der SBZ nicht möglich. Bereits Ende 1945 setzte die sowjetische Militäradministration den Vorsitzenden Andreas Hermes ab, seinen Nachfolger Jakob Kaiser erteilte zwei Jahre später das gleiche Schicksal. Obgleich die Ost-CDU massiven Repressalien ausgesetzt war, hatte es Kaiser jedoch vermocht, eine beachtliche Parteiorganisation aufzubauen; bei den Landtagswahlen 1946 wurde die SED, die zuvor aus der Zwangsvereinigung von Ost-SPD und KPD hervorgegangen war, zwar stärkste Partei, die Ost-CDU und die liberale Partei LDP konnten jedoch zusammen mehr Stimmen auf sich vereinen als die Einheitspartei. Nach der Gründung der DDR verschärfen sich die Zwangsmaßnahmen des Regimes allerdings noch einmal erheblich. Kaiser war gezwungen, ab 1950 als Vorsitzender der Exil-CDU von West-Berlin aus zu wirken. Währenddessen zeigten die mehrfachen Säuberungswellen der SED ihre Wirkung – die Ost-SPD war mit der KPD zwangsvereinigt worden, die Ost-CDU wurde gleichgeschaltete Blockpartei.

In der Bundesrepublik Deutschland dagegen war nach dem Erfolg bei der ersten Bundestagswahl 1949 und der ersten Regierungsbildung unter Konrad Adenauer die Konstituierung der CDU auf Bundesebene der nächste logische und auch entscheidende Schritt im Gründungsprozess der Union. Im Oktober 1950 trafen sich in Goslar unter dem Motto »Einigkeit und Recht und Freiheit« die Delegierten zur Gründung der CDU-Bundespartei, zur Festigung ihrer Geschlossenheit und zur Beratung ihrer geistigen Grundlagen. In

der Einleitung des Protokolls vom ersten gesamtdeutschen CDU-Bundesparteitag heißt es: »Goslar sollte der Ausgangspunkt sein für eine organisatorisch festgefügte CDU, die ihre Kraft schöpft aus den ewig gültigen Werten: dem Christentum, der demokratischen Freiheit und der starken Union der Menschen, die guten Willens sind.«⁵

CDU und Bundesrepublik

Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland kam aus den Reihen der CDU, mit Konrad Adenauer ist die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland untrennbar verbunden. Schon als Präsident des Parlamentarischen Rats war er maßgeblich an der Erarbeitung des Grundgesetzes beteiligt – einer zunächst provisorischen Verfassung eines nicht souveränen westdeutschen Teilstaats, die inzwischen zu den ältesten geltenden Verfassungen der Welt gehört. Er war ein Realpolitiker durch und durch, aber mit einem klaren weltanschaulichen und moralischen Fundament, das den Orientierungsrahmen für sein konkretes politisches Handeln schuf. Sein Blick für den Wert des Einzelnen, sein Vertrauen in seine Fähigkeiten und sein fester Wille, sie zur Entfaltung zu bringen, bildeten die Eckpunkte seines Koordinatensystems.

Als Kanzler nahm Adenauer maßgebliche Weichenstellungen in der politischen Orientierung der Bundesrepublik vor: die Westbindung und die europäische Einigung. Die Soziale Marktwirtschaft und das deutsche Wirtschaftswunder sind untrennbar mit Adenauers Wirtschaftsminister Ludwig Erhard verbunden, der später sein Nachfolger als Kanzler wie als Parteivorsitzender wurde. In seine Amtszeit fällt auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Staat Israel

im Jahr 1965. Die Soziale Marktwirtschaft, die Westintegration auf Basis einer wertegebundenen Außenpolitik und die Europaorientierung bildeten den Kern der CDU-Programmatik. Der Erfolg und die Popularität dieser Persönlichkeiten und ihrer Politik sicherten der CDU bis Ende der 1960er-Jahre solide Mehrheiten bei den Bundestagswahlen – bis zur Bildung der ersten Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger.

Ende der 1960er-Jahre machte sich der gesellschaftliche Wandel in der Bundesrepublik bemerkbar: Das christliche Milieu, aus dem die CDU einen wesentlichen Teil ihrer Wähler rekrutierte, wurde spürbar kleiner; die Studentenbewegung der 68er und das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen veränderten das gesellschaftliche und politische Gesicht der Bundesrepublik. Der CDU/CSU gelang es nicht, darauf überzeugend zu reagieren, und so gingen die Bundestagswahlen 1969 und 1972 verloren.

Die Zeit in der Opposition stieß jedoch einen umfassenden Modernisierungsprozess an, vorangetrieben insbesondere auch vom rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Helmut Kohl, der die Honoratiorenpartei als Parteivorsitzender zielstrebig zur Mitgliederpartei umbaute. Damit einher gingen eine Öffnung und Demokratisierung der innerparteilichen Willensbildung, die sich auch im ersten Grundsatzprogramm der CDU 1978 niederschlugen, das »Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit« als zentrale Grundwerte auf dem Fundament des christlichen Menschenbildes definierte. Das Programm, das auf dem Parteitag in Ludwigshafen beschlossen wurde, leistete eine notwendig gewordene Verdeutlichung des christlichen Selbstverständnisses, der Sozialen Marktwirtschaft und der europäischen wie deutschlandpolitischen Ziele der CDU mit Blick auf die veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbe-

dingungen. Eine klassische Programmpartei wurde die CDU freilich nicht, was zum einen am pragmatischen, ideologiekritischen Politikverständnis und zum anderen am breiten Spektrum an Positionen und Interessen lag, die die Union von Beginn an abdecken wollte. Doch insgesamt wurde das Profil sozialer und im kulturellen Bereich liberaler. Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler trugen als Generalsekretäre viel zum Profil der CDU bei. Die nicht immer spannungsfreie Rollenverteilung zwischen Parteivorsitzendem und Generalsekretär erwies sich für die Partei als vorteilhaft.

Unter dem Eindruck wachsender Spannungen innerhalb der sozialliberalen Koalition – gerade auch innerhalb der SPD als Regierungspartei – gelang es Helmut Kohl 1982 schließlich, die FDP davon zu überzeugen, wieder mit der CDU/CSU zu koalieren. Sechzehn Jahre sollte die schwarz-gelbe Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl die Geschicke der Bundesrepublik bestimmen. Als sich im Herbst 1989 tief greifende politische Entwicklungen in Osteuropa und der DDR abzeichneten, nutzte Kohl die Gunst der Stunde und verhandelte auf dem internationalen Parkett die deutsche Einheit mit staatsmännischem Geschick und glänzendem Erfolg.

Das »Parteiensystem« in der DDR blieb von diesen Ereignissen nicht unberührt. Die Ost-CDU war im Winter 1989 aus dem »Einheitsblock« ausgetreten und erneuerte sich in personeller, organisatorischer und programmatischer Hinsicht. Aus den ersten und letzten freien Wahlen zur Volkskammer ging die CDU in der »Allianz für Deutschland« zusammen mit dem Demokratischen Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) überraschend als Wahlsiegerin hervor; ihr Vorsitzender Lothar de Maizière wurde zum Ministerpräsidenten gewählt. Beim Bundesparteitag im Oktober 1990 in Hamburg vereinigte sich die CDU in West und Ost. Auf dem

Parteitag 1994, ebenfalls in Hamburg, verabschiedete die Partei das erste gesamtdeutsche Grundsatzprogramm und vergewisserte sich damit ihres Wertefundaments angesichts der tief greifenden Veränderungen in Deutschland nach dem Mauerfall, aber auch im internationalen Umfeld nach dem Ende des Kalten Krieges.

Ganz dem Erbe Adenauers verpflichtet, war auch Kohl ein überzeugter Europäer. Er wusste, dass die wirtschaftliche und politische Integration die Voraussetzung für Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa war und zugleich die Bedingung für die Möglichkeit einer Überwindung der Teilung Europas und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

Die Euphorie über diesen Höhepunkt der jüngeren deutschen Geschichte und einer herausragenden politischen Biografie wurde bald von den konkreten Herausforderungen des Einigungsprozesses verdrängt. In seiner Handlungsfähigkeit geschwächt durch die Mehrheit der SPD im Bundesrat und unwillig, dem waltenden öffentlichen Bedürfnis nach personeller Veränderung Rechnung zu tragen, stellte Helmut Kohl sich auch 1998 zum fünften Mal als amtierender Bundeskanzler zur Wahl, die zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zu einem Regierungswechsel aufgrund des Wählervotums und nicht durch die Neuorientierung eines Koalitionspartners führte. Der auch innerparteilich hoch umstrittene Umgang mit einer massiven Parteispendenaffäre erzwang den Rücktritt seines Nachfolgers Wolfgang Schäuble als Parteivorsitzender und den Verzicht Kohls auf das Amt des Ehrenvorsitzenden.

Mit Angela Merkel begann eine neue, von kaum jemandem erwartete Epoche der CDU-Parteigeschichte. Mit ihr ging eine gesellschaftspolitische Liberalisierung der CDU einher. Nach sieben Jahren auf der Oppositionsbank über-

nahm die Union wieder die Regierungsverantwortung, Angela Merkel wurde 2005 zur ersten Bundeskanzlerin Deutschlands. In drei Koalitionsregierungen mit der SPD und einer schwarz-gelben Koalition entwickelte sich Merkel zur international hoch geachteten Politikerin und Vermittlerin – nicht nur in Zeiten der Finanz- und Eurokrise. Ihre Entscheidung, im September 2015 die Grenzen angesichts der Flüchtlingsbewegungen in Europa geöffnet zu lassen, wurde unter humanitären Gesichtspunkten weltweit gelobt; innenpolitisch wurde sie umso weniger populär, je deutlicher die damit verbundenen Probleme und Aufgaben wurden. Die Etablierung einer neuen Partei rechts der Union, die inzwischen im Bundestag und in sämtlichen Landtagen vertreten ist, stellt das traditionelle Parteiensystem im Ganzen und die Union im Besonderen vor neue Herausforderungen. Markus Söder hat nach eigenen schmerzlichen Erfahrungen in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Union ihre Bindekraft weiterhin in der Mitte entfalten müsse: »Wir haben festgestellt, dass wir in der Mitte mehr Wähler verlieren, als wir rechts gewinnen.«⁶

Die Zukunft der Volkspartei

Nach zwanzig Jahren eines milden Matriarchats, das die Union nachhaltig verändert hat, befindet sich die CDU pünktlich zu ihrem Gründungsjubiläum am Beginn einer neuen Etappe ihrer Parteigeschichte. Ganz aktuell fordert die Corona-Pandemie von der Union wieder einmal die Fähigkeit, Deutschland durch eine außergewöhnliche Krise zu führen. Die Debatte über aktuelle und künftige Herausforderungen für die Union hat längst begonnen und in der Vereinbarung der Fortschreibung ihres Grundsatzprogramms einen deut-

lichen Ausdruck gefunden. Die CDU hat sich in ihrer Funktion als Volkspartei in der Vergangenheit als Stabilitätsanker der Bundesrepublik erwiesen und zur breiten Zustimmung der Wählerschaft zur parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes maßgeblich beigetragen. Die scheinbar ungefährdete Dominanz der Volksparteien ist freilich schon lange – in Deutschland wie beinahe überall in Europa – einer zunehmenden Segmentierung in eine »Gesellschaft der Singularitäten« (Andreas Reckwitz) zum Opfer gefallen, die sich nicht zufällig auch in einer Erosion des Parteiensystems niederschlägt. Alle traditionellen Großorganisationen von der Kirche bis zu den Gewerkschaften haben signifikant an Bindungskraft verloren, und auch den politischen Parteien fällt es immer schwerer, als Transmissionsriemen zwischen Politik und Gesellschaft zu wirken. Ansehen und Erfolg einer Volkspartei hängen aber ganz wesentlich von ihrer Fähigkeit ab, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Interessen zu erreichen und übergreifend zu integrieren. Deswegen darf sie sich nicht als ein wandelndes Denkmal verstehen, das den Zustand der Gesellschaft zum Zeitpunkt ihrer Gründung auf Dauer zu bewahren hätte. Sie muss lebendige Membran sein, die Veränderungen vermittelt – in beide Richtungen.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen ist dies für die CDU als Volkspartei eine anspruchsvolle, aber nicht unlösbare Aufgabe, denn Veränderung ist in der DNA der CDU verankert: »Die CDU ist eine Partei politischer Haltungen – von Adenauer über Kohl bis Merkel. Ihre Fundamente, das christliche Menschenbild und das Ja zu Europa, bieten viel Raum dafür, alten Gewissheiten zu entsagen«,⁷ beschrieb Günter Bannas diese Fähigkeit der Union.

Der vorliegende Band verdeutlicht dies auf unterschiedliche Art und Weise; verschiedene politische Perspektiven

und thematische Blickwinkel kommen zu Wort, um so eine möglichst differenzierte Auseinandersetzung zum Ausdruck zu bringen. Die Autorinnen und Autoren decken ein breit gefächertes Spektrum an Positionen zur Christdemokratie ab – von wissenschaftlicher Distanz über kritische Sympathie bis zu deutlicher Skepsis. Thematische Überschneidungen ergeben sich aus der Komplexität des Gegenstandes. Auch deshalb folgt der Band einer alphabetischen Reihung der Autoren, illustriert mit einer Auswahl an Wahlplakaten der CDU. Inhaltlich erstreckt sich die Bandbreite an Themen von den Anfängen der Union über ihre historische Entwicklung, über die Rolle von Personen wie des Gewichts von Organisationen und Strukturen bis hin zu den gegenwärtigen Herausforderungen, vor der die Partei steht. Und genau betrachtet, geht es dabei um mehr als die Zukunftsperspektiven einer Partei. Konrad Adenauer hat es einmal so ausgedrückt: »Parteipolitik ist nicht schön, und Parteipolitik bringt nicht viel Freude; aber die Beschäftigung mit ihr ist eine Pflicht.« Ganz in diesem Sinne versteht sich auch der vorliegende Band als Beitrag zu einer notwendigen Debatte über Gegenwart und Zukunft der Union als Volkspartei im Kontext unserer parlamentarischen Demokratie.

- 1 Konrad Adenauer auf der Zonentagung der Jungen Union der CDU in Recklinghausen am 4. August 1946. Schriftenreihe der Jungen Union, H. 1. Bergisch Gladbach 1946, S. 5.
- 2 Zitiert nach Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. Stuttgart 1993, S. 21.
- 3 Ebd.
- 4 Vgl. Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei, 1945–1969. Stuttgart/München 2001, S. 7.
- 5 Erster Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Protokoll, 20.–22. Oktober 1950, Goslar, S. 8, (www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1950-10-20-22_Protokoll_01.Bundesparteitag_Goslar.pdf, Abruf: 15. Dezember 2019).
- 6 Markus Söder: „Corona ist für uns alle ein Stresstest“, in: Berliner Morgenpost, 14. März 2020.
- 7 Günter Bannas: Die Zeitgeistpartei, in: FAZ, 27. Juni 2015.

Helmut Kohl – der CDU-Vorsitzende

Günter Bannas

»Siehst du, Kurt, alles in Ordnung«, hat sich Jürgen Rüttgers, Teilnehmer der Koalitionsverhandlungen 1994, an eine Bemerkung Helmut Kohls erinnert.¹ Kurt – gemeint war Kurt Biedenkopf, damals CDU-Ministerpräsident im neuen Bundesland Sachsen, »König Kurt« wurde er genannt. Kohl war der »Kanzler der Einheit«. Ziemlich knapp waren die Unionsparteien und die FDP bei der Wahl noch einmal bestätigt worden. Im Bundestag war der Vorsprung der schwarzgelben Koalition vor der Opposition von zuvor hundertvierunddreißig Sitzen auf zehn Mandate geschmolzen. Schwierige Koalitionsverhandlungen gab es. In großer Runde der Verhandler wollte sich Biedenkopf zur Rentenpolitik äußern, weil er glaubte, die Rente sei keinesfalls so sicher, wie das Jahre zuvor Norbert Blüm wahlkampf-tauglich versichert hatte. Biedenkopf erhielt das Wort. Lang und breit erläuterte er seine Vorstellungen und seine Bedenken, alles beim Alten zu lassen. Sodann erteilte Kohl, wahrscheinlich wissend, was kam, seinem Arbeitsminister das Wort. Auch Blüm sprach lang und breit und verteidigte seine – und Kohls – Rentenpolitik. Kohl war zufrieden. »Siehst du, Kurt, alles in Ordnung.« Ende der Debatte. Vor Augen und Ohren der FDP-Politiker unter Führung ihres Vorsitzenden Klaus Kinkel, der keinerlei Bedenken gegen die Fortsetzung des Bündnisses mit Kohl hatte, wollte der CDU-Vorsitzende die Aufführung eines parteiinternen Konflikts vermeiden. Zugleich zurte

der Kanzler die Linie der Partei fest. Seine alte Strategie hatte Erfolg: Kanzlerschaft und Parteivorsitz waren für Kohl zwei Seiten einer Medaille. Ohne das eine Amt wäre das andere wenig wert gewesen. Am besten funktionierte dieses System in einer Koalition.

In der Gemengelage dreier Parteien – CDU, CSU und FDP – war es für Kohl ein Leichtes, die Positionen und Interessen der Partner gegeneinander auszuspielen. Abgesehen davon, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik nur ein einziges Mal eine absolute Mehrheit der Union – 1957 unter Konrad Adenauer – gegeben hatte, setzte er aus solch strategischen Gründen lieber auf ein Koalitionsbündnis mit der FDP als auf eine CDU/CSU-Alleinregierung. Das Bestreben der CSU-Spitze unter Franz Josef Strauß, nach der »Wende« im September 1982 alsbald eine Neuwahl anzusetzen, die nach damaliger Einschätzung zum Scheitern der FDP an der Fünfprozenthürde geführt hätte, lehnte Kohl ab. Erst ein halbes Jahr später, im März 1983, wurde gewählt. Kohl hatte doppelten Erfolg. Die FDP, die sich Monate zuvor von der sozialliberalen Koalition mit Helmut Schmidt gelöst und Kohl zur Kanzlerschaft verholfen hatte, blieb im Bundestag. Die CSU aber konnte er zügeln. Nicht einmal das zweitbeste Ergebnis der Union bei einer Bundestagswahl, die 48,8 Prozent von 1983, hätte eine absolute Mehrheit der Mandate gebracht. Dankbarkeit muss keine Kategorie der Politik sein – sie wird es dann aber doch, wenn Dankbarkeit und Machtinteressen zusammenkommen. In diesem Sinne war Kohl der FDP dankbar und nahm Rücksicht auf ihre Befindlichkeiten und politischen wie personellen Querelen. Auch blieb er in der Kontinuität der zu Zeiten der SPD/FDP-Regierung formulierten Außenpolitik Hans-Dietrich Genschers, zum Missvergnügen mancher Strömungen in der eigenen Partei. Er setzte die FDP nicht mit Vertrauensfragen unter Druck. In Wahlkämp-

fen ließ er es zu, dass die FDP mit Leihstimmen-Kampagnen potenzielle Unionswähler zu sich herüberziehen wollte. Aus eigenem Interesse war er am Bestand der FDP interessiert. Lieber auf der Klaviatur der Interessen dreier Partner spielen als allein von der CSU abhängig sein – das war bis zum Schluss das Bestreben des CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlers und auch sein Erfolgsgeheimnis. Die FDP-Führung hielt ihm die Treue. Ihr sozialliberaler Flügel war gestützt. Kohl konnte sich auf die FDP verlassen und die FDP auf Kohl.

Frühzeitig hatte er die Grundlagen eines solchen Einvernehmens gelegt. Als es im Herbst 1966 nach dem Ende der Regierung von Bundeskanzler Ludwig Erhard um die Bildung einer Großen Koalition mit der SPD ging, war Kohl im Bundesvorstand der CDU das einzige Mitglied, das gegen die Vereinbarung von Union und SPD stimmte, das Mehrheitswahlrecht einzuführen.² Eine solche Änderung des Wahlrechts, von der die SPD dann kurz vor der Bundestagswahl 1969 abrückte, hätte das sichere Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag nach sich gezogen. Jahre später in der »Ära Kohl« wurde von »Lagerwahlkampf« gesprochen und deutsche Politik danach organisiert – »bürgerlich« gegen »rotgrün«. Das hieß: CDU, CSU und FDP versus SPD und Grüne.

Mehr als die Hälfte des 20. Jahrhunderts mit all seinen Veränderungen hat Helmut Kohl durchlebt, wurde er von ihnen und hat er sie selbst geprägt, Zeitzeuge und Akteur zugleich. Als Kind und als Jugendlicher erlebte er die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur und Schreckensherrschaft und den Zweiten Weltkrieg, in dem sein älterer Bruder fiel. Die Zeitläufe brachten es mit sich, dass Kohl – wie kaum ein Politiker sonst – für die Gesamtheit der sogenannten Bonner Republik stand: die Teilung Deutschlands, die Währungsreform mit der Einführung der D-Mark, den Wiederauf-

bau und das Wirtschaftswunder, das Entstehen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Bau der Mauer in Berlin, die Aussöhnung mit Frankreich und die Westintegration der Bundesrepublik, die »Spiegel-Affäre« und die 1968er-Studentenrevolte mit ihren gesellschaftsverändernden Folgen, das Ende der Adenauer-Ära, die erste Große Koalition (1966–1969), die Auseinandersetzungen über die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, die Jahre der Terroranschläge der Roten-Armee-Fraktion (RAF), das Entstehen der Umweltschutzbewegung und die große Zeit der Friedensbewegung zu Beginn der 1980er-Jahre, der Fall der Berliner Mauer und die Vereinigung Deutschlands, die Ablösung der D-Mark und die Einführung einer europäischen Währung und schließlich, als er schon nicht mehr Bundeskanzler war, der Umzug des Sitzes von Bundesregierung und Bundestag von Bonn nach Berlin.

Umstände- und altersbedingt prägte Kohl die Geschichte der CDU vielleicht mehr als vor ihm der Parteigründer Konrad Adenauer und nach ihm Angela Merkel – erst reformerisch und dann beharrend. Er bekämpfte die »Sozis« und wollte nicht »rechts« sein. Er dachte liberal und europäisch. Der katholische Glaube war ihm ein Fundament; klerikal aber war er nicht. Rücksichten nahm er auf innerparteiliche Gegner, weshalb ihm auch der Vorwurf gemacht wurde, an nichts anderes zu denken als an eigenes Vorwärtskommen und Machterhalt. Die unterschiedlichen Flügel und Milieus der Partei – Nationalkonservative, Wirtschaftsliberale und Sozialausschüsse – gehörten für ihn zur »Familie« der CDU. Als Kohl in den Wiederaufbauzeiten Mitglied wurde, war die CDU von Politikern bestimmt, die schon in der Weimarer Republik tätig waren und deren Scheitern erlebt hatten. Eine »Honoratiorenpartei« wurde sie zu Recht genannt. Bis in die 1960er-Jahre hinein hatte sie etwa 250.000 Mitglie-

der. Erst um 1970 herum stieg die Mitgliederzahl auf über 300.000. Mit ihren Generalsekretären Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler wurde die CDU unter Kohls Führung zu einer Großorganisation mit schlagkräftiger Kampagnenfähigkeit. 1980 wurden mehr als 700.000 Parteimitglieder gezählt. Nur für kurze Zeit wurde diese Zahl überboten – nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und der Integration der Blockpartei CDU in Kohls CDU: 790.000 CDU-Mitglieder gab es. Am Ende seiner Ära waren noch 600.000 verblieben.³ Gesellschaftliche und politische Änderungen waren die Ursachen. Die Bindewirkung auch von traditionsreichen Großorganisationen wie den Kirchen und Gewerkschaften ging zurück. Ehedem war es selbstverständlich, dass Führungsleute der katholischen Jugend auch in Führungsaufgaben der CDU hineinwuchsen. Mit dem Aufkommen der Grünen brach das ab. Weder die Konfession noch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft prägt die Parteipräferenz der Wähler. Lange ist es her, dass Katholiken wie selbstverständlich die CDU wählten und Gewerkschaftsmitglieder die SPD. Als Kohl 1998 nicht mehr zum Kanzler gewählt wurde und vom Parteivorsitz zurücktrat, war die Zeit über ihn hinweggegangen.

Helmut Kohl – geboren und behütet aufgewachsen in Ludwigshafen im April 1930, der Vater war Finanzbeamter, die Mutter Hausfrau – war schon seit einigen Jahren Mitglied der neu gegründeten CDU, als er 1950 das Abitur machte. Dass er im schulischen Alltag und als Mitglied in der Nachwuchsorganisation der Partei, der Jungen Union, die Rolle des Anführers innehatte, lässt sich bei Leuten, die eine Karriere machten wie er, natürlich auch eindrucksvoll nachzeichnen. Klaus Dreher – Altersgenosse und Biograf Kohls, ein aus dem benachbarten Mannheim stammender und zeitlich pa-

parallel aufsteigender Journalist – hat die entsprechenden Belege und Zitate aufgeschrieben. »Burschikos und direkt« sei Kohl aufgetreten. Keine Angst vor den alten Herren der Partei habe er gehabt. Die »vereinigten Kalkwerke« habe er sie genannt. Als »junger großer Mann mit einer großen Pfeife und einer großen Klappe« sei er in der CDU bezeichnet worden.⁴ Die von Kohl dementierte Kolportage, er habe seiner Verlobten und späteren Ehefrau, Hannelore Renner, »beim Walzer ins Ohr geflüstert, sie werde einmal Frau Bundeskanzler werden«, erwähnte Dreher auch. Sein Studium der Geschichte und der Rechtswissenschaften in Frankfurt und Heidelberg und seine ersten Schritte in die Berufswelt ordnete Kohl der Parteiarbeit und seinem politischen Aufstieg unter. Sie waren Mittel zum Zweck. »Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945« lautete das Thema seiner 1958 fertiggestellten Dissertation, die sein eigenes politisches Engagement und die dabei erworbenen Quellen zur Grundlage hatte. Seine Tätigkeiten als Direktionsassistent in einer Ludwigshafener Eisengießerei und dann beim rheinland-pfälzischen Landesverband der Chemischen Industrie boten ihm ausreichenden finanziellen und zeitlichen Freiraum, sich um die Politik zu kümmern. 1959 wurde er in den Landtag von Rheinland-Pfalz gewählt – im Alter von neunundzwanzig Jahren als damals jüngster Abgeordneter.

Kohl hatte sich durchgesetzt und war zum Berufspolitiker geworden. Seine »Heimat« – wie das lange vor der Renaissance des Begriffs ausgedrückt wurde – war die CDU. Auf allen politischen Ebenen war er tätig. 1954 wurde er stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union in Rheinland-Pfalz. 1955 kam er in den Landesvorstand der CDU. 1959 wurde er Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Ludwigshafen, 1960 Mitglied des Stadtrats dort und gleich

auch Fraktionsvorsitzender. In jenen Jahren knüpfte er ein Netzwerk politischer Freunde und Bündnispartner. Bernhard Vogel, seinen Nachfolger im Amt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, und Waldemar Schreckenberger, der später Kohls Staatskanzlei in Mainz und kurze Zeit auch das Bundeskanzleramt leitete, kannte er vom Studium her. Die späteren Bundesminister in Kohls Kabinetten, Gerhard Stoltenberg (Finanzen, Verteidigung) und Friedrich Zimmermann (Innen, Verkehr), waren ihm als damals führende Kräfte in der Jungen Union vertraut. Kohl nahm Einfluss und ließ Einfluss nehmen.

Seine Basis war Mainz und sein erstes Ziel das Amt des Ministerpräsidenten, das seit 1947 Peter Altmeier (CDU, Jahrgang 1899) innehatte. Früh hatten Kohl und seine Freunde dem alten Herrn den Kampf angesagt. Vier Jahre nach seinem Einzug in den Landtag wurde Kohl – im Alter von dreiunddreißig Jahren – Fraktionsvorsitzender. 1966 wurde er zum CDU-Landesvorsitzenden gewählt. Der Landespartei-tag fasste einen denkwürdigen Beschluss: »Zu gegebener Zeit« solle Kohl Nachfolger Altmeiers im Ministerpräsidentenamt werden.⁵ Altmeiers letztes, 1967 gebildetes Kabinett trug schon Kohls Handschrift. Bernhard Vogel wurde Kultusminister und Heiner Geißler, den Kohl aus der CDU Baden-Württemberg nach Mainz geholt hatte, Sozialminister. Die Landesregierung wurde quasi von der Landtagsfraktion geführt. 1969 war die »gegebene Zeit« gekommen. Kohl löste Altmeier ab. Die Landtagswahl 1971 gewann er mit der absoluten Mehrheit.

Sein Aufstieg in der Bundespartei verlief parallel. Schon in den frühen 1960er-Jahren machte er als Delegierter auf Bundesparteitagen von sich reden – meist dann, wenn es um die Belange des Nachwuchses und die Zukunft der CDU ging. 1969 wurde Kohl einer der fünf stellvertretenden CDU-

Vorsitzenden. 1971 unterlag er bei der Wahl Rainer Barzel, dem – sich als glücklos erweisenden – Vorsitzenden der erstmals seit 1949 oppositionellen CDU/CSU-Fraktion. 1973 trat Barzel, der nur sechs Jahre älter als Kohl war, von beiden Ämtern zurück – zermürbt durch seinen vergeblichen Versuch, 1972 Bundeskanzler Willy Brandt abzulösen, und auch durch innerparteiliche Querelen. Auf einem Parteitag in Bonn im Juni 1973 wurde Kohl zum CDU-Vorsitzenden gewählt. Er blieb so lange wie sonst kein Parteichef – mehr als fünfundzwanzig Jahre.

Kohl trat nicht als Intellektueller auf. Doch er verstand es, in ihren hergebrachten Berufen überaus erfolgreiche Leute für die Politik zu gewinnen und – wenn oft auch nur zeitweise – für sich einzunehmen. Richard von Weizsäcker, Jurist und Manager bei der Mannesmann AG und dem Pharmakonzern Boehringer Ingelheim, kam 1969 über die rheinland-pfälzische Landesliste in den Bundestag. Kurt Biedenkopf, Jahrgangsgenosse Kohls, Rektor der neu gegründeten Ruhr-Universität Bochum und einer der Geschäftsführer des Henkel-Konzerns, wurde CDU-Generalsekretär. Der jüngere Roman Herzog, der schon im Alter von einunddreißig Jahren einen Lehrstuhl für Staatsrecht innehatte, wurde Chef der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Bonn. Die hatte nicht nur die Aufgabe, die Interessen des Landes in der Bundespolitik durchzusetzen. Herzog und seine Mitarbeiter hatten zudem dafür zu sorgen, dass Kohls innerparteiliche Machtinteressen bei Entscheidungen des Bundesrats berücksichtigt wurden – gegen die möglichen Ambitionen anderer CDU-Ministerpräsidenten, vor allem Gerhard Stoltenbergs aus Schleswig-Holstein. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Bergsdorf wurde Kohls Büroleiter in der Bonner CDU-Zentrale und organisierte in seinem Sinne Gesprächs-

runden mit Bonner Journalisten. Kohls erklärte Absicht, bei der Bundestagswahl 1976 als Kanzlerkandidat anzutreten und dann in die Bundeshauptstadt überzusiedeln, sollte vorbereitet werden. Grundzüge dessen entwickelten sich, was später das »System Kohl« genannt wurde. Den jungen Horst Teltschik, Referent in der CDU-Zentrale, gewann Kohl für seine Arbeit in Mainz; später wurde er Chef der außenpolitischen Abteilung im Kanzleramt. 1971 wurde der Neubau der CDU-Zentrale, das – an der Bundesstraße 9 schräg gegenüber der SPD-Zentrale gelegene – Konrad-Adenauer-Haus, bezogen. Unter Leitung Biedenkopfs wurde es im Sinne Kohls organisatorisch und personell durchlüftet und auf den Stand moderner Führungsmethoden gebracht. Junge Leute und Intellektuelle, häufig aus der CDU-Studentenorganisation RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) stammend, zogen ein, Wulf Schönbohm etwa. Warnfried Dettling wurde Leiter der Planungsgruppe. Kohl war der Mann der Parteijugend und des Reformflügels der CDU und richtete seine Personalpolitik entsprechend aus. In der Jungen Union sah er eine verbündete Organisation. Als Matthias Wissmann 1973 im für damalige Verhältnisse ungewöhnlichen Alter von vierundzwanzig Jahren zum Vorsitzenden der JU gewählt worden war, war er tags darauf zum Termin bei Kohl in der Staatskanzlei in Mainz. Gerd Langguth, Vorsitzender des RCDS, wurde von Kohl gefördert. 1976 kamen beide in den Bundestag. Dass Norbert Blüm (Jahrgang 1935) 1977 den früheren Arbeitsminister und Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse Hans Katzer (Jahrgang 1919) aus dem Amt drängte, sah Kohl mit Wohlgefallen.⁶ Auch Blüm war von ihm gefördert worden.

Ein Selbstläufer war Kohls Bestreben nicht, 1976 die beiden Unionsparteien als Kanzlerkandidat in den Bundestagswahl-

kampf zu führen. Koalitionsstrategisch verfolgte die CSU unter Führung von Franz Josef Strauß eine andere Linie als der CDU-Vorsitzende. Kohl strebte ein Bündnis mit der FDP an. Teile der CDU, vor allem aber Strauß lehnten das ab. Das Eintreten der FDP 1969 in eine Koalition mit der SPD hatten sie nicht verwunden. Die Ostpolitik nicht nur der Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt, sondern eben auch der FDP-Außenminister Walter Scheel und ab 1974 Hans-Dietrich Genscher hielten sie für einen Verrat an Deutschland. Genschers Politikstil des Taktierens und Finassierens war ihnen zuwider. Dass Kohl Kontakt zu Genscher hielt, dass er in Rheinland-Pfalz trotz seiner absoluten Mehrheit dort Brücken zur Landes-FDP nicht abgerissen hatte, verärgerte Strauß.

Zu einem Wutausbruch sondergleichen ließ er sich hinreißen – gegen die SPD, vor allem aber gegen die FDP, der er »Charakterlosigkeit« vorwarf, und auch gegen die CDU, der er eine »neidhammelhafte Haltung« ihm gegenüber unterstellte. Im November 1974 geschah dies, auf einer Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen. Die Union solle nicht eigene Vorschläge machen. »Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen«, beschrieb er seine Strategie. »Es muss wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden.« Die Rede war auf Band mitgeschnitten worden. Ein knappes halbes Jahr später erschien ein »Best of« im »Spiegel«.⁷ Die Veröffentlichung sorgte für gehörigen Wirbel. »Sonthofen-Strategie« wurde das genannt. Kohls Strategie war es nicht.

Zudem gab es in der CDU andere Spitzenpolitiker, denen Ambitionen auf die Kanzlerschaft unterstellt wurden, Gerhard Stoltenberg vor allem, der unwesentlich älter als Kohl

war und nach vielen Jahren im Bundestag und als junger Forschungsminister in der Großen Koalition Erfahrungen in Bonn gesammelt hatte. 1971 und 1975 wurde er mit jeweils absoluter Mehrheit zum Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein gewählt. Stoltenberg aber zögerte. Auch Karl Carstens, an sich ein herausragender politischer Beamter, unter anderem Chef des Bundeskanzleramts unter Kurt Georg Kiesinger, entsprach dem Geschmack der CSU. 1972 war Carstens in den Bundestag gewählt worden, 1973 wurde er nach dem Rücktritt Barzels Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion und hielt polemisch zugespitzte Reden gegen die sozialliberale Bundesregierung.

Doch die Umstände spielten Kohl in die Hände. Die CDU schnitt bei Landtagswahlen gut ab. Die sozialliberale Koalition war in einer Schwächephase. Kohl beanspruchte als Parteivorsitzender auch die Kanzlerkandidatur. Sie wurde ihm von der CDU gewährt. Die CSU hatte sich zu fügen. Die Differenzen kulminierten in dem kuriosen Streit, ob der Wahlkampf 1976 gegen die SPD unter dem Motto »Freiheit oder Sozialismus« (CSU) oder »Freiheit statt Sozialismus« (CDU) zu führen sei. Die Bayern taten schließlich das eine, die CDU das andere. Doch die Wahlkampfführung war auch schick und modern. Ein CDU-Plakat machte Furore. Abgebildet eine junge Frau, Blume im Schmollmund, mit grünen Boxhandschuhen. »Komm aus Deiner linken Ecke«, lautete der Text (vgl. Abb. S. 396). Das beste Ergebnis seit Adenauers absoluter Mehrheit 1957 erzielten die Unionsparteien unter Kohls Führung: 48,6 Prozent, ein Plus von 3,7 Punkten. Die SPD unter Helmut Schmidts Kanzlerschaft verlor 3,2 Punkte und landete bei 42,6 Prozent. Die Schmach von 1969 und 1972 schien überwunden. Die Union war die stärkste Kraft im Bundestag. Doch es reichte nicht. SPD und FDP hatten gemeinsam zehn Sitze mehr, und Genschers FDP blieb an

Schmidts Seite. Die Union stellte den Bundestagspräsidenten – Karl Carstens, die SPD aber den Bundeskanzler – Helmut Schmidt. Helmut Kohl wollte nun als Oppositionsführer nach Bonn.

Drei Wochen standen ihm bevor, in denen sich Ungeheures anzubahnen schien. Die CSU-Landesgruppe beschloss auf einer Klausurtagung in Wildbad Kreuth, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag aufzulösen. Zwei Fraktionen hätte es dann gegeben – eine der CDU, eine der CSU –, was eine Spaltung der Union nach sich gezogen hätte. Strauß hatte es angetrieben und sich abermals treiben und gehen lassen. Das Auseinanderfallen der Unionsparteien hätte zugleich die Ausdehnung der CSU auf die gesamte Bundesrepublik nach sich gezogen mit dem Ziel, als eigenständige Kraft das rechte Wählerspektrum auf sich zu vereinen. Strauß' Zweifel an den Fähigkeiten Kohls waren auch ein Antrieb. Drohte ein »Sonthofen 2«? Kohl setzte seine Leute ein. Roman Herzog sollte helfen, den »Einmarsch« der CDU nach Bayern vorzubereiten. Anhänger in Bayern hatte Kohl auch – Werner Dollinger aus Franken und Hans Maier, der Kultusminister war. Die drei Kohl-Freunde repräsentierten auch das »C« der CDU/CSU. Herzog und Dollinger waren im Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der Unionsparteien engagiert, Maier war Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Gespräche wurden geführt, Drohungen ausgesprochen. Konservative CDU-Politiker, die als Verbündete von Strauß gegolten hatten, gingen bald auf Distanz zum CSU-Chef. Am 19. November hatte die CSU die Trennung beschlossen. Am 1. Dezember wählten die CDU-Bundestagsabgeordneten Kohl zu ihrem CDU-Fraktionsvorsitzenden. Am 12. Dezember wurde der Trennungsbeschluss zurückgenommen. Der CSU-Teil der Unionsabgeordneten aber erhielt als Gegengabe einige Sonderrechte, jenes etwa,

dass die CSU-Abgeordneten bei Fragen von besonderer Bedeutung von den Abgeordneten der CDU nicht überstimmt werden dürften. Die Fraktionsgemeinschaft blieb erhalten. Kohl war nun Oppositionsführer und Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

In der über Jahre gewachsenen Hierarchie von wichtigen und weniger wichtigen Abgeordneten aber tat sich Kohl schwer. Er versuchte es mit organisatorischen Maßnahmen, um »seine« Leute, meist jüngere Parlamentarier, in Stellung gegen die »alten Hasen« zu bringen. In seinem Stammland aber verlor er rasch an Einfluss. Kohl wollte, dass sich seine Kabinettsmitglieder die politische Führung in Mainz teilten. Sozialminister Heiner Geißler sollte das Amt des CDU-Landesvorsitzenden übernehmen, Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum Ministerpräsident werden. Bernhard Vogel aber setzte sich in den internen Entscheidungen zwei Mal durch. In Bonn kam es zum Zerwürfnis zwischen Kohl und seinem Generalsekretär. Kurt Biedenkopf ging. Kohl holte Heiner Geißler, damals sein Freund, an die Spitze der CDU-Parteizentrale.

Es wurde keine leichte Zeit für ihn. Von Helmut Schmidt wurde er von oben herab wie ein Schuljunge behandelt. Kohl war kein guter Redner. Seine Rhetorik war ausschweifend, voller Stilblüten und fahrig. »Morgenstunde hat Kohl im Munde«,⁸ rief ihm Herbert Wehner, der SPD-Fraktionsvorsitzende, in einer Aussprache im Bundestag entgegen. In den Medien kam Kohl schlecht weg. »Birne« wurde er genannt und als solche karikiert. Der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer, dem rechten Fraktionsflügel zugerechnet, sagte – wiewohl über die rheinland-pfälzische Landesliste in den Bundestag gekommen – über Kohl: »Im Schlafwagen kommt man nicht an die Macht.«⁹ Kohl kam zu der Einsicht, er werde sich für die Bundestagswahl 1980 nicht als Kanz-

lerkandidat durchsetzen können. Er schlug den niedersächsischen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, liberal und smart, vor – dessen Niederlage einkalkulierend. Auch Strauß trat an. Die CDU/CSU-Fraktion stimmte ab. Strauß gewann. Die Bundestagswahl verlor er. Strauß blieb Ministerpräsident in Bayern, Kohl, der sich auch im Fall des Wahlsiegs von Strauß das Amt des Vorsitzenden der Unionsfraktion ausbedungen hatte, blieb Oppositionsführer in Bonn. Zwei Jahre später kündigte die FDP-Führung in Bonn die Zusammenarbeit mit der SPD auf. Am 1. Oktober 1982 wurde Kohl zum Bundeskanzler gewählt – mittels des konstruktiven Misstrauensvotums im Bundestag. Kohl war am Ziel. Mit zwei CDU-Politikern vor allem hatte er es von nun an auf wechselhafte Weise zu tun: Heiner Geißler und Wolfgang Schäuble.

»Ich habe Loyalität nie mit Gehorsam verwechselt«, hat Heiner Geißler in einem Gespräch für ein Buchprojekt der Journalisten Gunter Hofmann und Werner A. Perger gesagt. »Ich bin nicht im Parlament und in der CDU, weil Helmut Kohl oder ein anderer Parteivorsitzender ist, sondern weil ich mein Mandat als eine Berufung für mein Land empfinde und meine Partei die Überzeugungen, Ziele und moralischen Grundsätze vertritt, die auch ich für richtig halte.« 1993, wenige Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des CDU-Generalsekretärs, wurde das Gespräch veröffentlicht.¹⁰ »Ich bin doch nicht einfach in die CDU hineingedackelt und bleibe als Dackel in ihr drin.« Geißler wurde wie Kohl 1930 geboren. Auf einer Jesuitenschule machte er Abitur. Kurze Zeit war er nach dem Studium der Rechtswissenschaften als Richter tätig. Er trat der CDU bei, war einige Jahre Landesvorsitzender der Jungen Union in Baden-Württemberg und Leiter eines Ministerbüros in Stuttgart. 1965 wurde er in

den Bundestag gewählt. 1967 holte ihn Kohl ins benachbarte Bundesland. Geißler wurde Sozialminister der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Von nun an war er an Kohls Seite – in guten wie in schlechten Zeiten.

1977 wurde er in Bonn CDU-Generalsekretär – auf Vorschlag Kohls, wie es die Satzung der Partei vorschreibt, nach welcher der Generalsekretär auf Vorschlag des Parteivorsitzenden gewählt wird. Im Sinne Kohls trieb er die Reform der CDU als Volkspartei programmatisch und organisatorisch weiter voran. 1978 wurde in Ludwigshafen das erste Grundsatzprogramm der CDU seit ihrer Gründung beschlossen – das bereits ein eigenes Kapitel zur Umweltpolitik enthielt. Geißler organisierte einen »CDU-Jugendparteitag«. 1985 sorgte er dafür, dass der CDU-Parteitag zu einem »Frauenparteitag« gemacht wurde. Im Parteipräsidium habe sich die Unterstützung für seinen Vorschlag »in Grenzen« gehalten, sagte er. Doch Kohl habe das Vorhaben »sehr unterstützt«. ¹¹ Geißler war es, der – auf Anregung seines Bundesgeschäftsführers Peter Radunski – den Vorschlag machte, Rita Süßmuth solle Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit (später auch für Frauen) werden, eine Wissenschaftlerin, die auch der CDU angehörte. Kohl war – mit Blick auf die weibliche Wählerklientel – einverstanden, wenn auch an weiteren Einzelheiten nur mäßig interessiert. Als sie ihm im Kennenlerngespräch erläuterte, dass sie in Fragen des Abtreibungsparagraphen 218 anderer Meinung sei als die Mehrheit der CDU, habe Kohl – erinnert sie sich – mit der Bemerkung reagiert, das Thema stehe nicht an und man werde schon eine Lösung finden. ¹²

Geißler aber polarisierte. Im Streit über die NATO-Nachrüstung bezeichnete er die SPD als »fünfte Kolonne der anderen Seite« – also der Sowjetunion – und äußerte gegen die Grünen gerichtet, der Pazifismus der 1930er-Jahre habe

»Auschwitz erst möglich gemacht«. ¹³ Andererseits nahm die CDU die Grünen und die Friedensbewegung ernst. Geißlers Adenauer-Haus organisierte zehntausend »Friedenstag«. Kohl wies im Kanzleramt seinen Staatsminister Jenninger an, Vertreter des »Krefelder Appells« zu empfangen und deren Unterschriftensammlung gegen die NATO-Nachrüstung entgegenzunehmen – ein Treffen, das nach Bekanntwerden des Vorhabens wegen des Widerspruchs aus der Union dann doch nicht zustande kam: Die Organisation »Krefelder Appell« galt im CSU-geführten Innenministerium als Handlanger der Sowjetunion und der DDR. Zugleich hatte Kohl für seinen Generalsekretär in die Bresche zu springen – gegen den Vorwurf Willy Brandts etwa, Geißler sei der »schlimmste Hetzer seit Goebbels«. ¹⁴ Doch das äußere Bild der Harmonie entsprach nicht der CDU-internen Wirklichkeit. Es gab zwei konkurrierende Zentren. Kohls Mannschaft im Bundeskanzleramt und Geißlers Mannschaft im Konrad-Adenauer-Haus.

Kohls Misstrauen gegen Geißler wuchs. Der Generalsekretär verstand sich als »geschäftsführender« Parteivorsitzender. Er erhielt auf Bundesparteitagen bessere Wahlergebnisse als Kohl. Seine Reden hielt er nicht am selben Tag wie Kohl, was ihm eine zusätzliche Resonanz verschaffte. Weil Geißler und Radunski die Wahlkämpfe der CDU (1980, 1983 und 1987) erfolgreich organisierten, hielt Kohl an Geißler fest. Er wusste: Geißler ist in der CDU beliebt. Schon vor Kohls Kanzlerschaft hatte der Konflikt begonnen, als es 1981 um die Bestellung eines neuen CDU-Bundesgeschäftsführers ging. Geißler machte – was der Satzung nach sein Recht und seine Pflicht war – einen Vorschlag: Peter Radunski, der da schon einige Jahre in der Parteizentrale für Wahlkampfdinge zuständig gewesen war. Kohl machte, obwohl ihm nach der Satzung dieses Recht nicht zukam, einen eigenen Vorschlag: Hans Terlinden, der ihm schon in Mainz zugearbeitet hatte.

Im CDU-Vorstand kam es zur Abstimmung. Geißlers Vorschlag wurde mit elf zu eins Stimmen angenommen.¹⁵ Kohl stand allein da. Der Bruch zwischen beiden habe damals begonnen, hieß es später. Kohl wollte Geißler offenbar aus der Parteizentrale entfernen, indem er ihm 1982 das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit antrug. Geißler nahm das eine Amt, bestand aber darauf, das andere zu behalten. Kohl akzeptierte. Harte personalpolitische Entscheidungen waren seine Sache nicht, in der Regel jedenfalls. Die Berufung des Journalisten Jürgen Merschmeier 1985 zum Pressesprecher der CDU gilt als die letzte Entscheidung, die Kohl und Geißler im Konsens trafen. Doch Kohls Pressearbeit wurde da längst vom Kanzleramt aus organisiert – von seinem Vertrauten Eduard Ackermann.

Geißler wollte, anders als Kohl, die Reform der Partei vorantreiben. Nach der Bundestagswahl 1987 häuften sich Missverständnisse und Differenzen. Das Regierungsschiff schlingerte. Geißler plädierte für eine »multikulturelle Gesellschaft«, was den Innenpolitikern der CDU und der CSU zuwider war. Dem Beharren auf den Grenzen Deutschlands von 1937 bei deutschnationalen Strömungen in der Union, deren Protagonisten auch von Kohl als »Stahlhelmfraktion« verspottet wurden, setzte Geißler karikierend den Begriff von Deutschland »in den Grenzen von 19xy«¹⁶ entgegen, wovon sich Kohl zu distanzieren hatte. Die CDU-Sozialausschüsse hielten Abstand zu Kohl. Zum Nachfolger ihres Vorsitzenden Blüm wählten sie nicht Kohls Favoriten, den Kölner Heinz Soénus, sondern Ulf Fink, der als Vertrauter Geißlers galt. Landtagswahlen gingen für die CDU verloren. »Die Zentrale einer Partei ist nicht das Kanzleramt oder ein Staatsministerium, sondern im Falle der CDU das Konrad-Adenauer-Haus«, sagte Geißler in der Rückschau. »Darüber gab es in der Tat Differenzen zwischen mir und Helmut Kohl.«¹⁷ 1989

hatte Kohl genug. Er teilte Geißler mit, ihn beim Parteitag in Bremen nicht wieder für das Amt des CDU-Generalsekretärs vorschlagen zu wollen. Den ganzen Sommer über hatte sich Kohl öffentlich und auch gegenüber Parteifreunden in der Personalsache bedeckt gehalten, ob er Geißler doch wieder als Generalsekretär vorschlagen werde. Wichtige CDU-Politiker – darunter die Bundesminister Blüm (Arbeit), Stoltenberg (Verteidigung) und Wallmann (Umwelt) – und auch die Sozialausschüsse forderten Kohl zu dessen Ärger auf, an Geißler festzuhalten. Es half nichts. Kohl blieb hart. Geißler organisierte Gespräche mit Rita Süßmuth, Kurt Biedenkopf und Lothar Späth, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Ihr Ziel: Ablösung Kohls als Parteichef und auch als Kanzler. Die Ereignisse des Sommers 1989 bewahrten Kohl davor. Die ungarische Regierung ließ ihn wissen, dass und wann sie für die nach Ungarn gereisten Deutschen aus der DDR die Grenze öffnen werde. Pünktlich zum Beginn des entscheidenden CDU-Parteitags in Bremen war das der Fall. Kohl wurde nicht gestürzt. Der sogenannte Putschversuch fand nicht statt. Die Zeit des Parteireformers Kohl aber war beendet. Als Kanzler kümmerte er sich um die Organisation der deutschen Einheit und die Einführung des Euro.

Wolfgang Schäuble, geboren 1942 in Freiburg, Sohn eines ehemaligen CDU-Abgeordneten des Badischen Landtags, trat 1961 in die Junge Union und 1965 in die CDU ein. 1969 wurde der Jurist und Regierungsrat beim Finanzamt Freiburg Vorsitzender der Jungen Union im Bezirk Südbaden. Er zählte zu jenen jungen Leuten, die Kohls Aufstieg in der Partei unterstützten. 1972 wurde er in den Bundestag gewählt. Er machte von sich reden. Kohl wurde auf ihn aufmerksam. 1981 wurde Schäuble einer der Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, ein Jahr später, als Kohl Kanz-

ler geworden war, dann auch Erster Parlamentarischer Geschäftsführer. Kohl hatte den konservativen Chef der Hessen-CDU Alfred Dregger nicht in sein Kabinett holen wollen und machte ihn zum Fraktionsvorsitzenden. Schäuble aber wurde Kohls Vertrauter in der Fraktionsspitze und stieg zum Organisator des CDU-geführten Teils der neuen Bundesregierung auf. Er war Dregger und Kohl gegenüber loyal, vor allem aber auch ehrgeizig, führungsstark und durchsetzungsfähig. 1984 stieg er als »Bundesminister für besondere Aufgaben« zum Chef des Bundeskanzleramts auf – sein Vorgänger (und Kohls alter Bekannter) Waldemar Schreckenberger hatte sich als nicht fähig erwiesen, seine Aufgaben zu bewältigen. Ein »Bermuda-Dreieck«, in dem die Akten verschwanden, wurde das Kanzleramt genannt. Schäuble aber wurde im Bonner Journalistenmilieu »Napoleon« geheißen. Dem Jüngeren gegenüber brauchte Kohl nicht misstrauisch zu sein. Er förderte ihn und überließ ihm heikle Aufgaben – von der Deutschlandpolitik bis in Details der Personalpolitik hinein. 1989 wurde Schäuble Innenminister. Kohl entwickelte ein Vater-Sohn-Verhältnis zu ihm. Besonders nach dem Attentat auf Schäuble während des Bundestagswahlkampfes im Herbst 1990 kümmerte er sich um seinen Minister.

Anders als Geißler stellte Schäuble Kohls Führungsanspruch nicht infrage. Schäuble blieb bei seinen Zuständigkeiten. Als Innenminister handelte er nach der Wende mit der DDR-Regierung den Einigungsvertrag mit seinen gesetzlichen Details aus. Den Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin bereitete er vor. Nicht Kohl, sondern Schäuble hielt bei der Bonn-Berlin-Debatte des Bundestags die entscheidende Pro-Berlin-Rede. In Angelegenheiten aber, die er ohnehin nicht habe ändern können, sagte er, habe er sich auch nicht eingemischt. Alles wäre sonst noch kompli-

zierter geworden. Die klassische Außenpolitik gehörte dazu. Sie wurde im Kanzleramt von Kohls Sicherheitsberater Horst Teltschik einerseits und von den FDP-Außenministern Genscher und später Kinkel andererseits gestaltet.

Nach seiner Wahl 1991 zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion waren Schäubles Zuständigkeiten und Ansprüche weiter vermehrt worden. Dem Ansinnen Kohls, Steffen Heitmann (CDU) als Nachfolger von Bundespräsident Richard von Weizsäcker durchzusetzen, stand er skeptisch gegenüber. Kohl, der sich längst mit dem liberalen Weizsäcker überworfen hatte, auch weil er auf dessen öffentliches Ansehen eifersüchtig war, hatte den konservativen Justizminister aus Sachsen ins Präsidialamt bringen wollen. Doch Heitmann scheiterte an sich selbst – mit ziemlich missverständlichen Äußerungen über die deutsche Geschichte und die Stellung der Frau in der Gesellschaft. Schäuble blieb Kohl gegenüber öffentlich loyal, baute aber zugleich Macht und Einfluss aus. Er bestimmte die Innenpolitik. Nach der noch einmal von Kohl gewonnenen Bundestagswahl 1994 verbreitete sich in der CDU und im Bonner Journalistenmilieu die Vermutung, Kohl werde im Lauf der Wahlperiode die Kanzlerschaft an Schäuble abgeben. Schäuble glaubte nicht daran. Andere Kenner des Binnenbetriebs sahen das schärfer. Kohl habe Schäuble als Fachmann für alles geschätzt, die strategischen Fähigkeiten des Jüngeren aber angezweifelt. Feste Absprachen über einen Stabwechsel jedenfalls gab es nicht. Überdies wäre eine Wahl Schäubles zum Bundeskanzler während der Wahlperiode an der knappen Koalitionsmehrheit gescheitert; die Führungen von FDP und CSU hätten nicht zugestimmt. Zudem wollte Kohl die – damals schon in der deutschen Innenpolitik umstrittene – Einführung der neuen europäischen Währung durchsetzen, ein Projekt, das seinem Selbstbildnis entsprach, der

»Enkel Konrad Adenauers« zu sein, des großen Europäers also.

Anfang 1997 gab Schäuble dem »Stern« ein Interview.¹⁸ »CDU-Reformer für Schäuble als Kohl-Nachfolger«, lautete die Überschrift. »Ein Krüppel als Kanzler?«, wurde er gefragt. »Ja, die Frage muss man stellen«, war Schäubles Antwort. Und ja, die Kanzlerschaft wäre »eine Versuchung, der ich wahrscheinlich nicht widerstehen könnte«. Kohl, der – anders als Schäuble – mit dem »Stern« wie auch mit dem »Spiegel« nie etwas zu tun haben wollte, ließ ein Bild für die Zeitschrift organisieren: Er selbst massig und wohlwollend, Schäuble im Rollstuhl. Dieses Mal, nach fast fünfundzwanzig Jahren CDU-Vorsitz und sechzehn Jahren Kanzlerschaft, standen junge CDU-Politiker nicht mehr aufseiten Kohls. Sie bevorzugten Schäuble. Kohl war für sie ein Mann der Vergangenheit. Schäuble stand für die Zukunft. Kohl nehme alles persönlich, äußerte Angela Merkel damals.¹⁹ Schäuble habe ihm – Schritt für Schritt – in der Innenpolitik die Macht entzogen. Kohl hänge am Tropf von Schäuble. Aber Kohls Instinkte zur Macht seien besser als die des Fraktionsvorsitzenden.

Kohls Entourage, auch er selbst, empfand Schäuble als ungeduldig und drängelnd. Machtbewusst kündigte Kohl (»Ich habe mir die Entscheidung nicht leicht gemacht«) seine abermalige Kandidatur an. Schäuble gab eine Vertrauenserklärung ab: »Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung des Bundeskanzlers.«²⁰ Im Oktober 1997 auf dem CDU-Parteitag in Leipzig aber wurde Schäuble für seine Rede gefeiert. Als der Kongress beendet war, sagte Kohl gegenüber einem privaten Fernsehsender, er wünsche sich Schäuble als Nachfolger. Ein mediales Tohuwabohu entstand. Gesprächsweise ging Schäuble auf Distanz. »Ich kenne den Kohl genau«, sagte er. »In der Demokratie gibt es keine

Kronprinzen.«²¹ Und: »Ich hätte auch ohne die Meldung des gestrigen Abends überlebt.« Schließlich: »Ich bin das Objekt seiner Wünsche. Er ist das Subjekt.« Kohl wollte es dem jungen Sozialdemokraten Gerhard Schröder noch einmal beweisen. »Wenn ein altes Schlachtross Militärmusik hört, dann schmeißt es den Kopf hoch! Es hört die Trompete – und auf zur Attacke. Genauso geht es mir.«²² Dann der CDU-Parteitag fünf Monate vor der Wahl. »Ich sage dies sehr persönlich, lieber Wolfgang, da ich weiß, was Dir der Alltag bringt – an Arbeit, auch an Verdruss und Ärger, aber auch an Freude«, sagte Kohl.²³ Er verlor die Wahl. Schröder wurde Bundeskanzler, Kohl Ehrenvorsitzender der CDU, Schäuble Parteivorsitzender und im Bundestag Oppositionsführer.

Der Start der rot-grünen Bundesregierung 1999 war schlecht. Im März trat Oskar Lafontaine von seinen Ämtern als Finanzminister und SPD-Vorsitzender zurück. Die CDU »eroberte« zwei bis dahin SPD-geführte Landesregierungen: im Januar in Hessen, im September im Saarland. Sie gewann auch die Wahlen in Berlin, Thüringen und Sachsen. Bei der Europawahl erzielte die Union mit 48,7 Prozent fast die absolute Mehrheit – mit einem Plus von nahezu 10 Prozentpunkten. Kohl, der Ehrenvorsitzende, sah sich persönlich bestätigt. »Die Leute wollen mich in Versammlungen haben«, sagte er Ende Oktober 1999. »Der alte Elefant ist noch unterwegs. Das tut mir gut.«²⁴ Schäuble gegenüber wurde er als dominant empfunden. Seine alten Vertrauten im Konrad-Adenauer-Haus hatte er auch – vor allem den Personalchef Hans Terlinden. Doch die Vergangenheit holte ihn ein: der CDU-Spendenskandal. Geißler bestätigte, in der »Ära Kohl« habe es geheime Konten der CDU gegeben. Kohl übernahm die »politische Verantwortung«, blieb aber dabei, die Namen der Spender nicht nennen zu wollen.²⁵ Darüber zerbrach

auch sein Verhältnis zu Schäuble. Kurz vor Weihnachten schrieb die Generalsekretärin Angela Merkel in der »FAZ«, Kohl habe der Partei Schaden zugefügt.²⁶ Er habe sich über »Recht und Gesetz« gestellt. »Die Partei muss also laufen lernen.« Und: »Sie muss sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen und wird trotzdem immer zu dem stehen, der sie ganz nachhaltig geprägt hat.« Am 18. Januar 2000 verzichtete Kohl auf den CDU-Ehrenvorsitz.

- 1 Jürgen Rüttgers im Gespräch mit dem Autor am 27. September 2019.
- 2 Klaus Dreher: Helmut Kohl – Leben mit Macht. Stuttgart 1998, S. 102 ff.
- 3 Zitiert nach Ulrich von Alemann: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2010, S. 171.
- 4 Dreher: Helmut Kohl, S. 38 ff.
- 5 Ebd., S. 75 ff.; Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 104.
- 6 Dreher: Helmut Kohl, S. 75 ff.
- 7 Der Spiegel, 10. März 1975.
- 8 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 8. Wahlperiode, 6. Sitzung 17. Dezember 1976 (Plenarprotokoll 8/6), S. 56.
- 9 Zitiert nach Mark Spörrle: »Der Friedenskämpfer«, Porträt Jürgen Todenhöfers, in: Die Zeit, 13. Februar 2003 (https://www.zeit.de/2003/08/Titel_2fTodenh_gafer_08/seite-3, Abruf: 14. Januar 2020).
- 10 Heiner Geißler/Gunter Hofmann/Werner A. Perge: Heiner Geißler im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perge. Frankfurt a. M. 1993, S. 155.
- 11 Ebd., S. 277.
- 12 Rita Süßmuth am 25. September 2019 im Gespräch mit dem Autor.
- 13 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 10. Wahlperiode, 13. Sitzung 15. Juni 1983 (Plenarprotokoll 10/13), S. 755.
- 14 Zitiert nach: Der Spiegel, 20. Mai 1985, S. 28–30.
- 15 Peter Radunski am 5. September 2019 im Gespräch mit dem Autor.
- 16 Zitiert nach Gunter Hofmann: Ein Schlag gegen die Viererbande, in: Die Zeit, 25. November 1988 (<https://www.zeit.de/1988/48/ein-schlag-gegen-die-viererbande/komplettansicht>, Abruf: 14. Januar 2020).
- 17 Geißler/Hofmann/Perge: Heiner Geißler im Gespräch, S. 274.
- 18 Hans-Peter Schütz: »Ein Krüppel als Kanzler? Ja, die Frage muss man stellen«, in: Der Stern, 9. Januar 1997.
- 19 Angela Merkel im Februar 1997 im Gespräch mit dem Autor.
- 20 Zitiert nach Günter Bannas: »Wenn ein altes Schlachtross ...«, in: FAZ ONLINE, S. 5 (<https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/helmut-kohl-wenn-ein-altes-schlachtross-15921194-p5.html>, Abruf: 14. Januar 2020).
- 21 Wolfgang Schäuble am 17. Oktober 1997 im Gespräch mit dem Autor.

- 22 Zitiert nach Günter Bannas: »Wenn ein altes Schlachtross ...«.
- 23 Protokoll 10. Parteitag der CDU Deutschlands. »Wir führen Deutschland ins 21. Jahrhundert«. 18.–19. Mai 1998 Stadthalle Bremen, S. 19 (https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=aa74c192-5f83-89ef-c27f-d2d2c507ae21&groupId=252038, Abruf: 14. Januar 2020).
- 24 Mitschrift des Autors bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 28. Oktober 1999.
- 25 Siehe dazu den Beitrag von Heinrich Oberreuter in diesem Band.
- 26 Angela Merkel: Die von Helmut Kohl eingeräumten Vorgänge haben der Partei Schaden zugefügt, in: FAZ, 22. Dezember 1999.

Die CDU-Vorsitzenden und -Generalsekretäre

Frank Bösch

Die CDU zählte lange zu den Parteien, die scheinbar leicht zu führen sind. In den letzten siebzig Jahren prägten nur selten spektakuläre Kampf Abstimmungen und Proteste ihre Parteitage. Ihr Jugendverband war weniger rebellisch als der der Linken, und die Parteiflügel fanden trotz aller Reibungen meist gemeinsame Leitlinien. Ihre Vorsitzenden mussten zudem seltener über programmatische Grundsätze streiten, sondern konnten aus dem Kabinett und der Fraktionsspitze heraus Akzente setzen. Eine stärkere Parteiorganisation, die sich gegen den Vorsitzenden hätte stellen können, entstand ohnehin erst in den 1970er-Jahren, gewann aber nie ein vergleichbares Eigenleben wie bei den Sozialdemokraten.¹ Ihre Vorsitzenden profitierten von dem bürgerlich geprägten Bedürfnis nach Harmonie und Respekt. Nicht zuletzt die vergleichsweise kontinuierlich guten Wahlergebnisse erleichterten die politische Führung und die lange Amtsdauer von Adenauer, Kohl und Merkel.

Dennoch konnten sich andere CDU-Vorsitzende nur sehr kurz an der Parteispitze halten. Der Vorsitz von Erhard, Kiesinger, Barzel, Schäuble und Annegret Kramp-Karrenbauer endete rasch und konfliktreich, was verdeutlicht, dass die CDU doch nicht immer so leicht zu steuern war. Die starke Stellung der Landesverbände und Ministerpräsidenten erschwerte die Führung der Partei, ebenso weltanschauliche Differenzen zwischen konservativen und liberalen Gruppierungen. Lange Zeit sorg-

ten konfessionelle Prägungen für eifersüchtige Konflikte um Posten, ebenso Flügelkämpfe um verschiedene Sozialstaatskonzeptionen.² Da sich die CDU vornehmlich als Regierungspartei verstand, war der Parteivorsitz besonders in Oppositionsphasen eine schwierige Herausforderung, wenn sowohl die Autorität des Kanzlers als auch die Ressourcen des Regierungsapparats fehlten. Deshalb verlagerte sich die Parteiführung in Oppositionszeiten im hohen Maße in die Fraktion, aus der heraus die Parteivorsitzenden ihr Gegengewicht gegenüber den Ministerpräsidenten aufbauten.

Die christlich-demokratischen Parteivorsitzenden traten dementsprechend oft erst in zweiter Linie als Vorsitzende auf. In erster Linie agierten sie als Kanzler oder Fraktionsvorsitzende ihrer Partei. Sowohl das schnelle Scheitern einiger Vorsitzender als auch die dauerhafte Machtstellung anderer sprechen jedoch dafür, den individuellen Führungstechniken einen größeren Stellenwert beizumessen.

Prototyp des starken Vorsitzenden: Konrad Adenauer

Der erste Vorsitzende der CDU, Konrad Adenauer, war ein geradezu idealtypischer Repräsentant einer starken Parteiführung. Charakterlich war er ebenso selbstbewusst wie misstrauisch, zielorientiert und durchsetzungsstark. Innerparteiliche Kritiker brachte er sofort mit deutlichen Briefen auf Linie oder ließ sie bei hartnäckigen Fällen versetzen. Komplizierte Fragen spitzte er gezielt vereinfacht zu, um Diskussionen zu lenken. Seine Zeit als Kölner Oberbürgermeister prägte seinen Stil des persönlichen Eingreifens.³ Oft schloss Adenauer vorläufige Kompromisse, um langfristig seine Ziele zu erreichen. Selbst zu engen Parteikollegen pflegte er eine nüchterne Distanz, wodurch er seine Autori-

tät bewahrte. Ebenso lockerte er mit Humor schwierige Situationen auf. Der fromme Katholik, der seine Gläubigkeit freilich privat hielt, förderte zudem den Ausgleich mit den Protestanten.

Dass Adenauer das Kanzleramt antrat, bevor sich 1950 die Bundespartei unter seinem Vorsitz gründete, war eine prägende Prioritätensetzung. Das Kanzleramt, nicht die Partei, wurde so für lange Zeit die entscheidende Macht- und Organisationsgrundlage der CDU. Eine von Adenauer gewünschte Zentralisierung der Partei scheiterte freilich an den Landesverbänden, ebenso wie die Einsetzung eines Generalsekretärs. Die Landesverbände glänzten dabei ebenfalls nicht durch Reformfreude: Ihnen fehlte es an Kreisgeschäftsführern, an technischer Grundausstattung, und oft wussten sie nicht annähernd, wie viele Mitglieder oder Ortsverbände sie eigentlich hatten. Modernisierungsanstöße kamen eher von der Bonner Führungsspitze. Sie regte 1956 die Einführung von zentralen Mitgliederkarteien an oder schlug vor, für finanzschwache Gebiete Kreisgeschäftsführer einzustellen. Besonders die katholisch geprägten, stark föderalistischen Landesverbände lehnten dies aber ab, da sie darin eine unzulässige Einmischung sahen. So argumentierte etwa der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, gegen Adenauers Vorschlag 1957: »Wir können uns nicht von einem Sekretariat, das in Bonn sitzt, Vorschriften machen lassen. Das Gesetz des Handelns müssen wir selbst festmachen.«⁴

Wichtige Entscheidungen, besonders in der Außenpolitik, diskutierte Adenauer vor allem mit seinen Beratern im Kanzleramt. Die Fraktion versuchte er mit gelegentlichen Besuchen und einem engeren Draht zum Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone einzubinden.⁵ Dagegen schenkte Adenauer der CDU-Bundesgeschäftsstelle wenig Aufmerksamkeit. In seiner ganzen Amtszeit besuchte er sie nur ein einziges Mal,

entsprechend fühlte sie sich permanent übergangen. Ihre Aufgaben beschränkten sich vornehmlich darauf, Wahlbroschüren und Parteiveranstaltungen vorzubereiten. Und selbst hierbei fühlten sich die Bundesgeschäftsführer vernachlässigt: »Es ist kein befriedigender Zustand, wenn der Bundesgeschäftsführer der Partei Plakate, die für die Partei werben sollen, erst an den Plakatsäulen kennenlernt«, klagte etwa Konrad Kraske 1959.⁶

Stattdessen integrierte Adenauer die Partei und ihre Landesvorsitzenden über deren Bundesvorstand. Seinen langen Berichten folgte nur eine kürzere, stark gelenkte Diskussion, bei der sich meist nur die prominenten Christdemokraten zu Wort meldeten. Mitunter sprach Adenauer direkt einzelne abweichende Landespolitiker an und setzte sie so unter Rechtfertigungszwang. Dagegen vermied er Abstimmungen über kontroverse Fragen. Adenauers Führungskunst, so könnte man also zusammenfassen, bestand somit im hohen Maße aus seiner Fähigkeit, Sitzungen und öffentliche Kommunikation zu strukturieren. Abweichende Landesvorsitzende, die zudem keine Wahlerfolge einfuhren, wurden mit Adenauers aktiver Unterstützung abgesetzt. Das zeigte sich in den Jahren nach 1950 vor allem bei dem Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen, Günther Gereke, und etwas später auch beim hessischen Vorsitzenden Werner Hilpert.⁷ Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, konnte sich trotz entsprechender Ermahnungen halten, da er bei Wahlen reüssierte.⁸

Adenauers lenkende Rolle als Parteivorsitzender zeigte sich auch bei der Personalauswahl. So strebte er einen relativ gleichmäßigen konfessionellen, regionalen, sozialen und weltanschaulichen Proporz an. War der Kanzler oder Parteivorsitzende katholisch, so sollten der Bundespräsident und ein Parteivize evangelisch sein. Zudem vergrößerte er nicht

nur sein Kabinett, sondern auch die Parteigremien, um möglichst viele Parteipräsidenten zu integrieren. Dass für die Finanzierung der CDU damals Spenden der Industrie eine große Rolle spielten, die zentral, anonym und steuerbegünstigt über die »Staatsbürgerliche Vereinigung« übermittelt wurden, stärkte die Handlungsmacht des Vorsitzenden, da er über deren Verteilung mitentschied, bremste aber auch den Ausbau der Partei.⁹

Wichtigster Berater in nahezu allen Fragen war Adenauers Staatssekretär im Kanzleramt, Hans Globke. Globke war nicht nur in Regierungsfragen der zentrale Ansprechpartner, sondern stand auch bei der Koordination der Parteiarbeit helfend zur Seite. Er brachte per Telefon die Landesverbände auf Kurs, schlichtete innerparteilichen Streit, hielt den Kontakt zum kirchlichen Vorfeld, beriet Adenauer bei der Personalauswahl und verwaltete das Spendenwesen der Partei. Viele Landespolitiker wandten sich deshalb direkt an Globke, wenn sie innerparteiliche Probleme hatten. Damit übernahm er quasi die Rolle des Generalsekretärs.¹⁰

Seit 1956 wuchs zunehmend die Kritik am Parteivorsitzenden: erst vorsichtig im Bundesvorstand, dann beim Stuttgarter und beim Kieler Parteitag 1958 auch öffentlich hörbar. Adenauer blieb zwar körperlich und geistig erstaunlich vital, zeigte aber einen gewissen Altersstarrsinn und weniger Gespür für die Notwendigkeit integrativer Entscheidungen. Nachdem er 1959 von seiner Ankündigung Abstand genommen hatte, Bundespräsident werden zu wollen, kam es zum Autoritätsverlust. »Die Fraktion stand in Härte gegen den Kanzler«, notierte etwa der Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone.¹¹ Dass Adenauer seinen Rücktritt hinausschob und Ludwig Erhard diskreditierte, schmälerte seinen Rückhalt. Auch der Streit um die Einführung eines zweiten Fernsehsenders förderte den Konflikt mit wichtigen »Landes-

fürsten«. Seine erneute Kandidatur von 1961 trug die Partei deshalb nur mit Murren mit, und zwei Jahre später musste der Siebenundachtzigjährige widerwillig auf Druck der FDP und seiner Partei den Kanzlerposten abgeben.¹²

Da Adenauer dennoch bis 1966 Parteivorsitzender blieb, bekam die CDU nun eine neuartige Form der Doppelspitze. Adenauer entdeckte den Parteivorsitz als Reservemachtquelle und trat als Anwalt einer eigenständigen Partei auf, um auf seinen Rivalen Erhard einzuwirken. Nicht zufällig tagte das Präsidium seit Adenauers Rücktritt wesentlich häufiger, zeitweise jede Woche – oft auch ohne Erhard.¹³ Im Bundesvorstand behielt Adenauer seine Führungsrolle. Damit erfuhr die CDU, welche Disharmonie eine eigenständige Partei bringen konnte. Dies trug maßgeblich dazu bei, sowohl Erhard als auch Adenauer selbst zu diskreditieren.¹⁴

Gescheiterte Vorsitzende: Erhard, Kiesinger, Barzel

Als Ludwig Erhard 1966 zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, war seine Karriere in der CDU schon fast vorbei. Der Griff nach dem Parteivorsitz war eher ein verzweifelter Rettungsversuch, um sich in der CDU-Führung doch noch zu behaupten. Viele, die eben noch Adenauers Stil kritisiert hatten, sehnten sich wieder nach einem starken Kanzler. Erhard moderierte eher, als dass er Diskussionen lenkte, und oft hielt er sich ganz zurück. Bei seinen Berichten vermisste die Partei die pointierte Klarheit. Oft war er schlecht vorbereitet und interessierte sich kaum für den Parteiapparat, dessen Ausbau nun viele, wie auch der geschäftsführende Vorsitzende Dufhues, forderten. Dazu passte, dass Erhard zumindest formal bislang nicht der CDU beigetreten war.¹⁵ Als einziger Kanzler und Vorsitzender der CDU besuchte Erhard

die Bundesgeschäftsstelle kein einziges Mal. Ebenso fehlten ihm in die Partei hineinwirkende Berater wie Globke. Da Erhard auf disziplinierende Briefe oder Gespräche verzichtete, äußerten nun alle möglichen Christdemokraten kaum verhüllt ihre Kritik am Kanzler. Weil die Wahlergebnisse sanken und die Öffentlichkeit generell kritischer wurde, agierte Erhard auch unter schwierigeren Bedingungen. Für seine Rivalen war das Scheitern seiner Koalition mit der FDP Ende 1966 daher ein willkommener Anlass, den schwachen Kanzler und Vorsitzenden in den Rücktritt zu drängen.

Mit Kurt Georg Kiesinger entschied sich die CDU 1967 für einen Nachfolger, der eine deutlich größere Parteierfahrung und Integrationskraft versprach. Er war zunächst Landesgeschäftsführer gewesen, dann als Bundestagsabgeordneter Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Ebenso hatte er als Ministerpräsident von Baden-Württemberg seit 1958 das ausgleichende Auftreten eingeübt. Vor allem war er ein glänzender Redner. Aber auch sein Parteiengagement blieb eher gering. Die nun anlaufende Parteireform in der CDU duldete er mehr mit präsidialem Gestus, als sie zu fördern. Auch er vernachlässigte den Kontakt zur Bundesgeschäftsstelle und den einzelnen Parteivereinigungen. Stattdessen verstärkte Kiesinger die Anbindung an die Fraktion. Vorstand und Präsidium tagten unter ihm regelmäßig und diskutierten nach seinen langen Lageberichten entscheidende Fragen. Im Vergleich zu Adenauer blieb Kiesinger in Diskussionen zurückhaltender und kompromissbewusster (»Hauptling Silberzunge«). Auch öffentlich verzichtete er auf zugespitzte Auseinandersetzungen. Im Unterschied zu Erhard glänzte er zwar als integrativer Vermittler, aber viele vermissten zukunftsweisende Impulse.¹⁶

1967 wurde auch erstmals das Amt des Generalsekretärs auf Bundesebene geschaffen. Den Posten hatte es in den Lan-

desverbänden schon nach 1945 gegeben. Mit Bruno Heck erhielt das neue Amt der ehemalige Bundesgeschäftsführer unter Adenauer. Noch Anfang November 1966 hatte Heck betont: »Die CDU braucht kein neues Programm«,¹⁷ und die Impulse von der Parteispitze und insbesondere dem Vorsitzenden blieben begrenzt. Jetzt, unter dem Druck einer aktiveren jüngeren Generation, begannen die programmatische Debatte und der Organisationsaufbau ab 1967/68 eher von unten.

Kiesingers Parteivorsitz stand letztlich vor einem ähnlichen Problem wie der von Erhard: Auch er war für die CDU so lange akzeptabel, wie er Wahlen gewann und die christdemokratische Kanzlerschaft sicherte. 1969 erreichte er ein beachtliches Ergebnis, nicht aber den Kanzlerposten, was seine Autorität minderte. Auf dem Mainzer Parteitag 1969 wurde er zwar erneut zum Parteivorsitzenden gewählt, aber bereits 1970 kursierten erste Rücktrittsgerüchte. Besonders der Parteienachwuchs im Ring Christlich-Demokratischer Studenten und die Junge Union sprachen sich frühzeitig gegen Kiesingers erneute Kandidatur aus. Angesichts des Reformschubs, den der Regierungsverlust von 1969 forcierte, war die Zeit der präsidentialen Parteivorsitzenden abgelaufen.

1971 kam es auf dem Saarbrücker Parteitag zur ersten Kampfabstimmung um den CDU-Bundesvorsitz, bei der sich Rainer Barzel gegen Helmut Kohl durchsetzte. Barzel hatte sich mit siebenundvierzig Jahren bereits eine beachtliche Position erarbeitet. Er war früh Bundestagsabgeordneter und noch unter Adenauer Minister geworden und führte nun die Fraktion. Rhetorisch gelang es ihm, komplizierte Sachverhalte undogmatisch in kurzen politischen Formeln zusammenzufassen, ebenso Diskussionen straff und zielstrebig zu führen. Barzel galt als intelligent, fleißig, loyal, rhetorisch begabt und sehr ehrgeizig, was ihm innerparteilich nicht nur

Freunde bescherte. Die Parteiorganisation war bis 1972 nie sein primärer politischer Ort gewesen, erst dann zeigte er dort mehr Engagement.¹⁸

Barzel übernahm den Vorsitz als notwendigen Schritt auf seinem Karriereweg. So stattete er der Bundesgeschäftsstelle kurz nach seiner Wahl einen medienwirksamen Besuch ab, richtete eine Anzahl von Kommissionen ein und bemühte sich um eine Verbesserung der Organisationsstrukturen. Der Fraktion maß er jedoch mehr Gewicht bei, deren Arbeit er reformierte und für die er zahlreiche Vorlagen erarbeitete. Mit Konrad Kraske setzte er einen Bundestagsabgeordneten als Generalsekretär der CDU ein, der seit der Ära Adenauer in der Bundesgeschäftsstelle tätig war. Damit sicherte Barzel Kontinuität und Loyalität, aber weniger einen programmatischen oder organisatorischen Neuanfang. Mit der Entscheidung für die Fraktion als Machtbasis war sein Schicksal spätestens nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Willy Brandt im Frühjahr 1972 besiegelt. Barzel versuchte sich zwar Anfang 1973 gerade über ein verstärktes Engagement in der Partei noch einmal zu retten, doch kamen diese Bemühungen zu spät. Im Frühjahr 1973 trat er resigniert zurück und überließ seinem langjährigen Rivalen Helmut Kohl den Parteivorsitz.

Der Parteireformer: Helmut Kohl

Die Wahl von Helmut Kohl zum Parteivorsitzenden 1973 war ein Novum in der Parteigeschichte. Mit ihm wählte der Parteitag zum ersten Mal nicht indirekt den künftigen Kanzlerkandidaten, sondern einen Vorsitzenden, der für die Reform der CDU stand. Sein Vorsitz war in den 1970er-Jahren von starken Rivalitäten in der Union begleitet: sei es mit dem

CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, mit starken Landesvorsitzenden, der alten Garde um den Fraktionsvorsitzenden Karl Carstens oder ehemaligen Bundesministern wie Gerhard Schröder. Nicht wenige von ihnen erhofften sich eine Kanzlerkandidatur.¹⁹

Kohl hielt sich jedoch gerade durch seine tiefe Verankerung in der Partei. Er war einer der ersten Berufsparteipolitiker der Bundesrepublik gewesen: Jung war er bereits Landtagsabgeordneter, Fraktionsvorsitzender und dann Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz geworden. Bereits im rheinland-pfälzischen Landesvorstand hatte der sechsundzwanzigjährige Kohl 1956 unvermittelt gefordert, die Vorstände als Führungsorgane ernst zu nehmen. Während Adenauers Präsidentschaftskrise drei Jahre später hatte er deshalb für die Trennung von Parteivorsitz und Kanzleramt plädiert, um die Partei zu fördern. Ebenso war er seit seinen ersten Bundesvorstandssitzungen als scharfer Kritiker von Adenauers Führungsstil aufgetreten und sprach rasch offen Probleme im Bundesvorstand an.²⁰ Bereits als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz hatte er jedoch wichtige Entscheidungen eher im Kreis seiner persönlichen Berater getroffen. Die innerparteiliche Demokratie hatte er auch als Ministerpräsident weiter gefördert, oft freilich, um seine Position abzusichern.

Ein glänzender Redner war Kohl sicher nicht. Aber immerhin erörterte er Probleme analytischer, konstruktiver und integrativer als andere.²¹ Kohl zeigte eine große Präsenz im Parteileben und verstand Politik als Knüpfen persönlicher Beziehungen. Er besuchte zahllose politische Versammlungen, schloss unzählige Bekanntschaften und sammelte markante Nachwuchspolitiker um sich – wie die Generalsekretäre Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler, wie Bernhard Vogel oder Richard von Weizsäcker. Gemeinsam mit seinem Generalsekretär Kurt Biedenkopf griff er sofort Reformini-

tiativen auf und leitete eine weit gefasste Modernisierung der Partei ein. So erhielt die Bundesgeschäftsstelle eine wesentlich bessere Personalausstattung und jeder Kreisverband einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Dies ermöglichte eine dauerhafte, professionalisierte Kommunikation zwischen Parteiführung und Basis und damit eine kontinuierliche Parteiarbeit. Die nun neu eingestellten Mitarbeiter verstärkten zugleich Kohls Netzwerk bis in die Kreisverbände. Diese Organisationsreform kanalisierte den enormen Mitgliederzuwachs der Partei.

Erst jetzt entfaltete sich das Amt des Generalsekretärs. Biedenkopf war ein vielseitig ausgebildeter Seiteneinsteiger, intellektuell beschlagen, fähig zu nüchterner, bestechend logischer Analyse.²² Er verfügte über ein großes rhetorisches Talent und konnte auch im Fernsehen wirksam auftreten. Damit ergänzte er Kohls volksverbundenen Habitus. Während Biedenkopf und dann auch sein Nachfolger Geißler die organisatorische und programmatische Erneuerung forcierten und Debatten anstießen, moderierte Kohl als Vorsitzender die Interessen in der föderal organisierten und zunehmend heterogenen Partei – ab 1976 auch als Vorsitzender der Fraktion.²³ Freilich führte die Eigenständigkeit der starken Generalsekretäre zugleich auch zu Spannungen. Biedenkopf verließ die Bundesgeschäftsstelle 1977 gekränkt, Geißlers Verabschiedung 1989 war ebenfalls Ergebnis wachsender Konflikte, die schließlich in die Unterstützung eines Gegenkandidaten für Kohl mündeten.²⁴

Kohl verschob die innerparteilichen Gewichte. Präsidium und Vorstand der CDU besetzte er vorwiegend mit Landespolitikern, weniger mit ehemaligen Ministern oder aus der Fraktion. 1970 war Kohl noch der einzige Landeschef unter den Präsidiumsmitgliedern, zehn Jahre später waren diese in der Überzahl. Da die christlich demokratischen »Landes-

fürsten« über die Bundesratsmehrheit verfügten, wurde das Präsidium zunehmend zu einer Clearing-Stelle für Länderfragen. Mit Gerhard Stoltenberg und Hans Filbinger saßen hier die wichtigsten Vertreter der Nord- und der Süd-CDU, deren Zustimmung Kohl sich in Einzelfällen besonders versichern musste. Zudem suchte Kohl über das Präsidium einen Ausgleich mit der CSU. Er bereitete Sitzungen informell vor, hielt sich dann erst zurück, um schließlich einen auch für ihn akzeptablen Kompromiss zu bilanzieren. Dieses »Aussetzen« von politischen Entscheidungen legten ihm viele als Führungsschwäche aus. Allerdings förderte es die Kohäsion der Partei.

Kohls Stärke war, dass er Niederlagen und Kritik verkraftete und nicht leichtfertig aufgab. Seine Niederlage gegen den populären Kanzler Helmut Schmidt 1976 schadete ihm angesichts eines sehr guten Ergebnisses auf lange Sicht nicht. Im Gegenteil, er gab seine sichere Stellung als Ministerpräsident auf und wechselte als Fraktionsvorsitzender nach Bonn. Trotz der so gewachsenen Machtfülle wuchs die innerparteiliche Kritik an Kohl, ebenso die von der Schwesterpartei CSU, so dass er die Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1980 Strauß überließ. Bezeichnenderweise konnte Kohl seinen Favoriten, den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, nicht durchsetzen.²⁵ Erst Strauß' deutliche Niederlage bei der Bundestagswahl 1980 festigte wieder Kohls Position.

Kohl als Kanzler und Vorsitzender

Seit 1982 verlagerte sich das Machtzentrum der CDU wieder zunehmend ins Kanzleramt. Kohls Berater stammten hier kaum noch aus der Bundesgeschäftsstelle, sondern waren langjährige persönliche Wegbegleiter (wie Horst Teltschik,

Eduard Ackermann, Wolfgang Bergsdorf oder der erste Kanzleramtschef Waldemar Schreckenberger) oder kamen aus der Fraktionsspitze.²⁶ Der Posten des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers entwickelte sich dabei zu einer Schlüsselposition auf dem Weg zum Kanzleramtschef – wie bei Wolfgang Schäuble, Rudolf Seiters und Friedrich Bohl.

Damit wuchsen die Ähnlichkeiten zu Adenauers informellem Führungsstil. Auch Kohl dachte seine Politik stark personenbezogen. Diskretion war wie unter Adenauer eine der wichtigsten Tugenden für seine Mitarbeiter. Bei den Treffen ließ er durchaus eine ergebnisoffene, kontroverse Diskussion zu. Besonders in Einzelgesprächen galt er – wie selbst kritische Zeitzeugen berichten – als ein sehr aufmerksamer Zuhörer, der sich selbst zurückhielt und interessiert nachfragte. Gleichzeitig setzte er klare Grenzen. Seine zahllosen Telefonate ersetzten die disziplinierenden Briefe, mit denen einst Adenauer seine Linie einforderte. Und ähnlich wie dieser konnte sich Kohl nun Loyalitäten sichern, weil er Posten zu verteilen hatte. Im Gegensatz zu Adenauer pflegte er dabei einen sehr persönlichen, engen Umgang. Im wörtlichen Sinne wurde das Kanzleramt zur Heimat der Partei. Der Parteienforscher Peter Haungs sprach deshalb von einer *personal party*, einer »persönlichen Partei«. ²⁷ Durch diese große Nähe fielen später auch Zerwürfnisse besonders hart aus.

Das Kabinett diente zugleich der Integration der unterschiedlichen Parteisegmente. Um die geschwächten norddeutschen Protestanten einzubinden, gab Kohl etwa dem Finanzminister Gerhard Stoltenberg eine Schlüsselstellung. Zum Arbeits- und Sozialminister ernannte er dagegen den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Norbert Blüm, wodurch der katholisch-soziale Flügel in seinem angestammten Ressort prominent vertreten war. Auffällig war schließlich, dass er den CDU-Generalsekretär

Heiner Geißler auch als Minister für Jugend, Familie und Gesundheit einsetzte. Unverkennbar sollte der eigenständige Parteimann durch diesen Schritt die Kabinettsdisziplin spüren. Damit leitete Kohl allerdings genau jene Einheit zwischen Regierung und Partei ein, die er gegenüber Bruno Heck 1967 verurteilt hatte.²⁸ Zahlreiche Minister kamen nach dem Machtwechsel auch aus der Fraktionsspitze. Das stärkte die Anbindung an die Fraktion und schwächte Letztere, da starke Köpfe abwanderten. Oft fühlte sich die Fraktion nicht frühzeitig genug in Entscheidungen eingebunden.

Generalsekretär Heiner Geißler hielt trotz seines Ministeramts weiterhin am Modell der eigenständigen Partei fest. Dabei grenzte er sich nicht nur vom Regierungskurs ab, sondern auch von der CSU, was den profilbildenden Konflikt verstärkte. 1985 verließ er sogar sein Ministeramt, um sich stärker der Partei zu widmen. Durch seine provokativen Begriffe und Aussprüche setzte er eigene Akzente, munitioniert von seinen engsten Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle. Spätestens seit 1987 polarisierten Geißlers Äußerungen dabei auch innerhalb der eigenen Partei so sehr, dass der konservative Flügel immer wieder für seine Absetzung eintrat. Gegenüber den weiterhin recht autonomen Landesverbänden übte Geißler kaum Einfluss aus. In ihre Personal- oder Wahlkampffragen mischte er sich lediglich in Einzelfällen ein.²⁹

Der CDU-Bundesvorstand verlor dagegen zunehmend an Diskussionskraft. Lange Eingangsreferate des Kanzlers nahmen zu, die oftmals ohnehin Bekanntes verbreiteten. Kontroverse Diskussionen, die Kohl als junger Reformler gefordert hatte, schränkte er zunehmend ein. Umgekehrt belohnte Kohl wohlwollendes Verhalten auch bei den Vorstandsmitgliedern durch Posten als parlamentarische Staatssekretäre, was die loyale Schwerfälligkeit des Führungsgremiums ver-

stärkte.³⁰ Kohls Führungskraft bestand weiterhin darin, am Ende der Sitzung die Beiträge so zu bündeln, dass eine relativ klare und harmonische Linie entstand. Das Präsidium behielt eine gewisse Mitsprachemöglichkeit und kam zumindest alle drei bis vier Wochen zusammen. Da es eine Schnittmenge aus dem Kanzleramt, der Fraktion, den Ländern und der Partei bildete, war es weiterhin eine wichtige Clearing-Stelle für Streitfragen. Seinen Kanzleramtschef, den Bundesgeschäftsführer und die Landesväter zog Kohl hinzu, auch wenn sie keine satzungsgemäßen Mitglieder waren. Kohl holte im Präsidium Meinungen ein. Eigenständige Köpfe wie Geißler, Späth, Süßmuth, Biedenkopf oder Blüm äußerten mitunter offene Kritik, mussten sich eine solche aber auch gefallen lassen. Dass das Präsidium zumeist im Kanzleramt oder im Kanzlerbungalow zusammenkam, zeigte ebenfalls Kohls neues Parteiverständnis. Die Position der Bundesgeschäftsstelle verschlechterte sich bis Ende der 1980er-Jahre dagegen zunehmend. Sie produzierte zwar weiterhin politische und organisatorische Reformschriften, konnte aber immer weniger inhaltliche Akzente setzen. Ähnlich wie Kohls Vorgänger begann dieser, die Bundesgeschäftsstelle zu meiden.

Die abnehmenden Wahlerfolge Ende der 1980er-Jahre verstärkten Konflikte und förderten eine Führungskrise. Auf dem Parteitag 1988 musste sich Kohl harte Kritik anhören, etwa zu fehlenden Diskussionen und dem Aussitzen von Problemen. Zudem war die Partei so verschuldet, dass Entlassungen und Sparmaßnahmen anstanden. Der Machtkampf mit Generalsekretär Geißler spitzte sich so weit zu, dass Kohl schließlich ohne Rücksprache mit der Parteiführung mit Volker Rühle einen neuen Kandidaten für das Amt präsentierte. Im Vorfeld des Bremer Parteitags erwogen Geißler, Biedenkopf und Süßmuth mit dem baden-württem-

bergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth einen Gegenkandidaten für den Parteivorsitz. In der Vorstandssitzung vom 29. August 1989 musste Kohl deutliche Kritik ertragen, ebenso auf dem anschließenden Bremer Parteitag. Die Kritiker stellten jedoch keinen Gegenkandidaten auf, und Kohl – mit nur 77 Prozent gewählt – konzedierte die gewünschte Stärkung der Parteigremien. Vor allem die eskalierende Krise in der DDR rettete Kohl in dieser Situation.³¹

Faktisch verschob sich nach dem Bremer Parteitag und der Vereinigung mit der Ost-CDU das Partegefüge noch mehr zum Kanzler hin. Die Bundesgeschäftsstelle verlor an Eigenständigkeit: Geißler wurde entlassen, ebenso dessen Umfeld, und die Grundsatz- und Planungsabteilung wurde umstrukturiert. Der neue Generalsekretär Volker Rühle stand zuverlässig an Kohls Seite und war bezeichnenderweise in der Parteiarbeit bislang noch nicht hervorgetreten, sondern nur in der Fraktion. Ähnliches galt für seinen Nachfolger Peter Hintze, der vor allem als loyaler Gefolgsmann Kohls galt, weniger als erfahrener Mann in der Parteiorganisation und politischer Ideengeber. Die Bremer Ereignisse verstärkten zugleich Kohls Macht gegenüber den Landesverbänden. Mit Lothar Späth zog sich nun der letzte christlich-demokratische Ministerpräsident von Rang aus der Bundespolitik zurück. Zudem wurden im Zuge des Bremer Parteitags der soziale Parteiflügel und seine Vereinigungen entscheidend geschwächt.

Als Gestalter der deutschen Einheit erhielt Kohl einen neuen Nimbus, der die Diskussionen 1988/89 vergessen machte. Seine Dominanz in den Gremien wuchs, während Kritik noch schwieriger artikulierbar war. Beim Zusammenschluss mit der Ost-CDU vergrößerte er die Parteigremien, sodass sie kaum noch arbeitsfähig waren.³² Und auch aus den Landesverbänden erwachsen dem Kanzler nach den zahlrei-

chen Wahlniederlagen kaum noch starke Kritiker oder gar Konkurrenten. In den alten Bundesländern verblieben lediglich in Berlin und Baden-Württemberg christlich demokratische Ministerpräsidenten, während in Sachsen Kurt Biedenkopf und in Thüringen Bernhard Vogel sich auf ihre neuen Bundesländer konzentrierten. Zuweilen kritisierten die sogenannten Jungen Wilden – Nachwuchspolitiker wie Roland Koch und Christian Wulff – Helmut Kohls Führungsstil, ohne ihn ernsthaft in Bedrängnis zu bringen. Dafür entstanden aber aus den Landesverbänden heraus Reformimpulse.

Ein Grunddilemma war, dass Kohl trotz seiner vorherigen Ankündigung nicht zurücktreten wollte. Nachdem er 1994 von seiner letzten Regierungsperiode gesprochen hatte, erwarteten alle seinen Amtsverzicht. Mit Wolfgang Schäuble stand ein beliebter Nachfolger in den Startlöchern. Trotzdem verkündete Kohl ohne Rücksprache mit der Partei über das Fernsehen seine erneute Kandidatur. Auf dem Leipziger Parteitag 1997 ließ er sich nach dem minutenlangen Applaus nach seiner Rede erneut zum Vorsitzenden küren. Gleich nach dem Parteitag nannte er Wolfgang Schäuble als langfristig geeigneten Nachfolger. Dies förderte den Eindruck, Kohl verfüge eigenständig und ohne Rücksprache mit der Partei über die Ämter. Um eine Wahlniederlage zu verhindern, stellte sich die Partei dennoch geschlossen hinter Kohl. Erst nach den verlorenen Bundestagswahlen im Herbst 1998 übernahm Kohl die Verantwortung und legte das Amt des Parteivorsitzenden nieder.

Übergang in der Opposition: Von Schäuble zu Merkel

Als Wolfgang Schäuble im Herbst 1998 Vorsitzender der CDU wurde, galt er als erfahrener »Ziehsohn« Kohls. Als früherer Kanzleramtschef, Parlamentarischer Geschäftsführer, Innenminister und Fraktionsvorsitzender war er ein effizienter »Krisenmanager«, der diszipliniert und mit intellektueller Schärfe führen konnte. Deshalb fand er allerdings schwerer in die Rolle des Moderators des Neuanfangs. Die Landtagswahlerfolge der CDU 1999 und die Pannen der neuen rot-grünen Bundesregierung suggerierten zudem wie 1969, die CDU könne bald wieder ins Kanzleramt einrücken. Auch Schäubles parteipolitisch damals noch unerfahrene Generalsekretärin Angela Merkel war ihm beim Umbau der Partei nur begrenzt nützlich, zumal fast alle in der Parteiführung ihre Posten Kohl zu verdanken hatten. Schließlich musste Schäuble in der Auseinandersetzung um nicht deklarierte Parteispenden seinen Vorsitz niederlegen, da er selbst eine angenommene 100.000-DM-Spende verschwiegen hatte.³³

Ihm folgte Angela Merkel, die sich als Aufklärerin in dieser Spendenaffäre um Kohl profiliert hatte. Zahllose Kommentatoren betonten, dass sie als geschiedene Frau aus dem Osten eine denkbar untypische Wahl war. Als Frauen- und dann Umweltministerin brachte sie für den Parteivorsitz Führungserfahrung mit. Ihr unprätentiöses Auftreten galt als authentisch. Die Landtagswahlerfolge der CDU 1999 untermauerten ihren Start, ebenso ihr selbstbewusstes Krisenmanagement in der Spendenaffäre. Die verunsicherte Partei ergriff dankbar diese Chance eines Neuanfangs und wählte sie auf dem Sonderparteitag in Essen im April 2000 mit großer Mehrheit zur neuen Bundesvorsitzenden. Bereits zu dieser Zeit entdeckte Angela Merkel ein hilfreiches Führungsinstrument: die Regionalkonferenzen. In diesen Versammlun-

gen, die allen Parteimitgliedern offenstanden, diskutierte und legitimierte sie Entscheidungen. Im direkten Dialog mit der Basis erschien sie besonders überzeugend, offen und natürlich.

Merkels Start als Vorsitzende war von vielen innerparteilichen Schwierigkeiten begleitet. Früh warfen Kritiker ihr vor, keine politische Linie zu haben und unberechenbar zu sein – manchen Parteifreunden galt sie auch als wirtschafts- und gesellschaftspolitisch zu liberal. Die von ihr forcierte Initiative zu einer »Neuen Sozialen Marktwirtschaft« konnte sie kaum mit Leben füllen. Ihre Reform des CDU-Familienbilds fiel erst später auf fruchtbaren Boden. Auch der altbekannte Vorwurf, Entscheidungen würden im kleinen Kreis getroffen, kam rasch auf. Mit Friedrich Merz stand ihr ein angesehener, inhaltlich profilierter und hochambitionierter Fraktionsvorsitzender gegenüber. Auch die Bundesgeschäftsstelle konnte Merkel lange Zeit nicht zu einem nutzbaren politischen Machtinstrument formen.

Dagegen hatte sie bei ihrem Aufstieg zur Vorsitzenden beinahe das gesamte Personal des Generalsekretariats mitgenommen. Loyalität war auch das zentrale Auswahlkriterium für ihren neuen Generalsekretär, den eher unbekanntem Bundestagsabgeordneten Ruprecht Polenz. Als ehemaliger Landespolitiker in Nordrhein-Westfalen sollte er zudem den größten CDU-Landesverband integrieren, dessen Vorsitzender Jürgen Rüttgers durchaus ein profilierter Rivale war. Polenz galt als außenpolitisch versierter, jedoch eher zurückhaltender Politiker – und tatsächlich scheute er auch im neuen Amt harte Gefechte. Sein Nachfolger Laurenz Meyer – erneut nicht zufällig ein Nordrhein-Westfale – hielt sich bis 2004, aber war in der Partei auch oft umstritten.³⁴

Merkels Autorität schwächte schließlich die lange schwebende Frage nach dem Unionskanzlerkandidaten für 2002.

Ähnlich wie ihr Mentor Kohl vor der Bundestagswahl 1980 auf eine interne Kandidatur gegen Strauß verzichtet hatte, entzog sich Merkel einer direkten Konfrontation mit dem erfolversprechenderen Kanzlerkandidaten Stoiber – da eine Niederlage ihre Reputation gemindert hätte. Mit dem berühmten »Wolfratshausener Frühstück«, bei dem Merkel Stoiber die Kanzlerkandidatur überließ, rettete sie ihre Position und Integrität als Parteivorsitzende und manövrierte ihren Rivalen Friedrich Merz aus, um selbst neue Fraktionsvorsitzende zu werden.³⁵ Dieser Posten untermauerte zugleich den Anspruch auf die nächste Kanzlerkandidatur.

Mit Stoibers Niederlage gegen Gerhard Schröder vergrößerten sich entsprechend wieder Merkels Handlungsspielräume. Sie baute sich allmählich ein Netzwerk auf – zunächst als *girls' camp* belächelt –, dem mit Annette Schavan, Tanja Gönner und Hildegard Müller Präsidiums- beziehungsweise Vorstandsmitglieder aus wichtigen Landesverbänden angehörten, später auch Ursula von der Leyen. Damit gewannen Frauen in der CDU-Führung ein ganz neues Gewicht. Aber auch Christoph Böhr aus Rheinland-Pfalz und Dieter Althaus aus Thüringen gehörten im Parteivorstand zu Merkels treuen Anhängern. Angesichts guter Landtagswahlergebnisse wurden viele junge Mitstreiter und Rivalen Ministerpräsident – wie Roland Koch, Christian Wulff und Peter Müller.³⁶

Während der Oppositionszeit bemühte sich Merkel um ein gutes Verhältnis zu Journalisten und baute ihren innerparteilichen Unterstützerkreis aus. So bot sie systematisch wichtig erscheinenden Personen das Du an und organisierte per Mobiltelefon und vor allem per SMS ihr neues Netzwerk, insbesondere in der Fraktion – auch als Gegengewicht zu ihren westdeutschen, eher jüngeren Kritikern aus dem sogenannten Anden-Pakt. Auch programmatisch zeigte sie nun mehr Profil und unterstützte zeitweise die Forderungen des

marktliberalen Flügels ihrer Partei. Vor allem der Leipziger Parteitag Ende 2003 stand hierfür.

Die Vorsitzende Merkel als Kanzlerin

Da Merkel 2005 das Kanzleramt nur in einer Koalition mit den Sozialdemokraten übernehmen konnte, wurde ihr marktliberaler Kurs ausgebremst. Dies führte in den eigenen Reihen zu Irritationen und einer öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzung über die künftige programmatische Entwicklung. Der notgedrungen kompromissorientierte, ausführliche Koalitionsvertrag wurde zur Leitlinie und das Kabinett zum Ort von Debatten. Als informelles Entscheidungszentrum galt der Koalitionsausschuss. Wie einst unter Kohl entwickelte die CDU unter Merkel ihr Profil und ihre grundlegenden Reformen zunehmend aus der Regierungspolitik und dem Kanzleramt heraus. Merkel galt zwar als Moderatorin, setzte aber zugleich neue Akzente. Die Abschaffung der Wehrpflicht oder der Ausstieg aus der Atomenergie ergaben sich nachgerade aus der Tagespolitik, nicht aus Programmdebatten oder gar einer innerparteilichen Diskussion. Am stärksten vorbereitet war sicherlich der Wandel der CDU-Familienpolitik, die auch Frauen mit Kindern eine Berufstätigkeit ermöglichen sollte. Aber auch hier spielte das noch sozialdemokratisch geprägte Familienministerium eine konzeptionelle Schlüsselrolle in der Großen Koalition.³⁷ Wegweisende programmatische Texte von Merkel entstanden hingegen in der zweiten und dritten Regierungszeit kaum. Wenngleich ihre Generalsekretäre jede Legislaturperiode wechselten, gewann sie hier loyale Köpfe. Besonders Peter Tauber (2013–2018) signalisierte eine Verjüngung und eine stärkere Online-Präsenz. Zudem gelang es ihr, mit ih-

rem ehemaligen Generalsekretär Volker Kauder einen loyalen Fraktionsvorsitzenden zu installieren (2009–2018). Von ihrer westdeutschen Biografie her standen die Generalsekretäre komplementär zu Merkel, auch die 2018 gewählte Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer und deren Ende desselben Jahres gewählter Nachfolger Paul Ziemiak.

Konflikte mit den CDU-Ministerpräsidenten scheute Merkel im Zweifelsfall nicht. So forderte sie im April 2007 öffentlich vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger, sich von einer Rede zu distanzieren, in der er seinen Vorgänger Hans Filbinger zum Gegner des NS-Regimes stilisiert hatte.³⁸ Da die CDU die Regierungsmacht in vielen Stammländern im Westen verlor, sank auch die Zahl der starken Rivalen von Merkel.

Nach der Bundestagswahl 2009 wurden die Regierung und die CDU im verstärkten Maße auf die Kanzlerin ausgerichtet, was durch die Schwäche der FDP, Merkels lenkende Personalpolitik und das skandalbedingte Ausscheiden von beliebten Unionspolitikern gefördert wurde. Einstige potenzielle Kanzlerkandidaten wie Friedrich Merz, Roland Koch oder Christian Wulff wechselten nacheinander aus der Politik in die Wirtschaft. Politisch reformierte Merkel die Union durch ihre Regierungspolitik. Rasch entstand eine Debatte darüber, ob sie den konservativen Flügel der Partei integrieren könne. Besonders der Ausbau der Kindertagesstätten, die Abschaffung der Wehrpflicht und die Abkehr von der Atomenergie verunsicherten konservative Wähler. Autorität gewann Merkel dagegen im Zuge der transnationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, insbesondere im Umgang mit Griechenlands Verschuldung.

Als Zerreißprobe erwies sich seit 2015 die Flüchtlingspolitik. Insbesondere die Diskussion um eine Höchstgrenze für Flüchtlinge, die die CSU unter Horst Seehofer forderte,

führte zu den härtesten Konflikten zwischen den Schwesterparteien seit 1976. Da auch Teile der CDU-Mitglieder und -Wähler eine rigidere Ausländerpolitik forderten, geriet Merkel innerparteilich unter Beschuss, obgleich die Union den Zugang nach Deutschland erschwerte. Die rasanten Wahlerfolge der AfD erhöhten den Druck auch in zahlreichen Bundesländern. Merkels Rückzug vom Parteivorsitz 2018 war so auch vor allem eine Konsequenz der CDU-Wahlniederlagen in den Bundesländern.

Der Rückblick auf die Geschichte der CDU-Vorsitzenden ermöglicht es, Angela Merkels Rückzug einzuordnen. Dass nach knapp zwei Jahrzehnten ein Wechsel im Vorsitz gefordert wurde, war bei Adenauer und Kohl nicht anders. Allerdings lernte Merkel aus deren Fehler, nicht loslassen zu können, und kündigte Ende Oktober 2018 selbst an, nicht mehr als Vorsitzende zu kandidieren. Der folgende schrittweise Übergang belebte die Partei ebenso wie die Möglichkeit, zwischen drei potenziellen Nachfolgekandidaten auszuwählen. Dass mit Annegret Kramp-Karrenbauer eine Ministerpräsidentin ihren Posten aufgab, um zunächst Generalsekretärin und dann CDU-Parteivorsitzende zu werden, ist ein Novum, das für eine Aufwertung der Partei steht.

Der Vergleich zwischen den früheren langjährigen Vorsitzenden verdeutlicht deren Stärken. In ihr Amt kamen sie alle durch einen kühnen selbstbewussten Auftritt, der Konkurrenten verdrängte. Auch als Vorsitzende zeigten sie rasch die Fähigkeit, Rivalen im Zweifelsfall abzusetzen. Alle drei langjährigen Vorsitzenden starteten als mutige Reformer, die jedoch zunehmend ihre Entscheidungen aus dem Kanzleramt heraus entwickelten und die Parteizentralen vor allem bei Wahlen einbanden. Zudem erwiesen sich die Vorsitzenden intern als kommunikationsstark: Adenauers Briefe, Kohls Tele-